BLZ
Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bremen
März / April
Nr. 2 / 2018

WIE WEITER MIT DEM

BREMER SCHULSYSTEM?

GEW

»Sie sind vorläufig festgenommen!«

Wie steht es um den Artikel 9 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – dem Schutz vor Verhaftung und Ausweisung

Claus Walischewski
Amnesty International (ai)

■ »Sie sind vorläufig festgenommen!« Vor diesem Satz fürchten wir uns alle, besonders dann, wenn wir unschuldig sind und nichts Gutes von denen erwarten, die uns haben festnehmen lassen. Da schauen wir uns nach Hilfe um und finden sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, deren Artikel 9 besagt: »Niemand darf willkürlich inhaftiert werden«. In einem langen Kampf um die Menschenrechte wurden feste Regeln für die Verhaftung und Inhaftierung entwickelt, die heute in diversen Pakten und Konventionen verankert sind: der Festgenommene muss sofort den Grund seiner Festnahme erfahren, muss zügig vor einen Richter gebracht werden, der die Festnahme prüft, er darf schweigen, hat Anspruch auf einen Anwalt und natürlich auf ein faires Verfahren, er gilt als unschuldig bis zum Beweis seiner Schuld, etc.

Angst vor Folter

Aber ein Blick in die Realität zeigt auch, dass diese Regeln in den meisten Staaten der Welt gar nicht oder nur unvollkommen eingehalten werden. Eine Umfrage von Amnesty International in 21 Staaten hat ergeben, dass 44 Prozent der Befragten Angst haben, nach der Festnahme gefoltert zu werden. Insofern leben wir in Bremen und in Deutschland auf einer ›Insel der Seligen‹.

Hier einige Beispiele aus dem neuesten ai-Report, der für 2017 Informationen aus 159 Länder zusammenfasst.
In vielen Staaten genügt es, friedlich gegen die Regierung zu demonstrieren, um festgenommen zu werden. In Angola, dem Tschad, der Demokratischen Republik Kongo, Äthiopien, Sudan, Togo wurden juristische und andere Maßnahmen ergriffen, um ungesetzliche Einschränkungen und Verbote von friedlichen Protesten zu verhängen. In Eritrea wurden tausende Regimegegner inhaftiert, ohne Zugang zu Anwälten oder Familienmitgliedern zu haben, manche sind seit über zehn Jahren in Haft. Aktivisten, die sich in Mauretanien gegen die Sklaverei einsetzten, landeten im Gefängnis, genauso wie solche, die in Uganda den Präsidenten kritisierten. In Kuba wurde Danilo Maldonado Machado 2016 inhaftiert, weil er nach Fidel Castros Tod »se fue« (er ist weg) auf eine Wand geschrieben hatte. »Verleumdung von Institutionen… Helden und Märtyrern der Republik Kuba« ist ein typischer Vorwurf.

»Sicherung der Moral«

In Venezuela wurden bei Protesten gegen die Regierung Tausende willkürlich verhaftet und misshandelt. In China genügt es, an einer Gedenkfeier für den 2017 verstorbenen Häftling und Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo teilzunehmen oder sich als Tibeter für Unterricht in tibetischer Sprache einzusetzen, um ins Gefängnis zu kommen. 250 Menschenrechtsaktivisten und -anwälte wurden dort wegen »Untergraben der staatlichen Ordnung« inhaftiert.
In Pakistan verschwanden fünf Blogger, nachdem sie die Regierung kritisiert hatten. Nadeem James festgenommen und zum Tode verurteilt, weil er ein blasphemisches Gedicht über WhatsApp verbreitet haben soll. Menschen werden auch wegen ihrer Religion verfolgt: im sunnitischen Saudi-Arabien ist es die schiitische Minderheit, im buddhistischen Myanmar sind es die muslimischen Rohyngias. In Belarus/Weißrussland wurden über 100 Journalisten verhaftet, weil sie keine Akkreditierung hatten und einige wurden zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Dutzende von Frauen wurden von der iranischen »Polizei zur Sicherung der Moral« festgenommen, weil sie öffentlich ihr Kopftuch abgelegt hatten. In Russland kam es im März 2017 in mindestens 97 Städten zu Protesten gegen Korruption. Mehr als 1600 Personen wurden verhaftet, unter ihnen mindestens 14 Journalisten, die über die Proteste berichtet hatten.

Und Deutschland?

In Ägypten werden Menschen von der Polizei festgenommen und hinterher als ›verschwunden‹ deklariert. Dissidenten und Journalisten werden rigoros mit Anklagen wie »Diffamierung« oder »Veröffentlichung falscher Information« überzogen. Israel nutzt das Mittel der Verwaltungshaft, also Haft ohne Gerichtsverfahren, um Proteste gegen die Besatzung palästinensischer Gebiete zu unterbinden. Ende 2017 waren 441 Personen in Verwaltungshaft. 312 palästinensische Kinder und Jugendliche befinden sich in israelischen Gefängnissen, in der Regel wegen (vermeintlichen) Steinewerfens. In der Türkei sitzen mehr als 100 Journalisten in Haft, mehr als 180 Medienhäuser wurden seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 geschlossen. Der Vorwurf: »terroristische Propaganda«. Dafür reicht schon ein Interview mit einem PKK-Angehörigen. Der ai-Generalsekretär Taner Kilic sitzt in Untersuchungshaft, weil er dieselbe App auf seinem Handy hat wie Anhänger der Gülen-Bewegung!
Und Deutschland? Hier geschehen Festnahmen und Verurteilungen weitestgehend nach rechtsstaatlichen Maßstäben. Amnesty kritisiert jedoch die Abschiebungen nach Afghanistan, die gegen internationale Konventionen verstoßen, weil Afghanistan nicht sicher ist.

Was man gegen ungerechtfertigte Inhaftierungen tun kann? Setzen Sie sich mit ai gegen Menschenrechtsverletzungen ein. Holen Sie ai in den Unterricht: www.amnesty-bremen.de

Der Autor dieses Textes spricht im Rahmen der Vortragsreihe »Bremen – Stadt der Menschenrechte – 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« am **Dienstag, 15. Mai, 18 Uhr**, im Haus der Wissenschaft zum Thema. Kurz vorher um **17 Uhr** wird dort die Wanderausstellung »Bremen – Stadt der Menschenrechte« eröffnet.

moment mal

Sieling. Bogedan. Zukunft?

Der Wahlkampf hat begonnen

Wann startet die Bürgerschaftswahl 2019? Jetzt. Der Senat und die Bremer Bildungsbehörde gehen in die Offensive: »Kinder. Bildung. Zukunft!« – so der vollmundige Titel einer Veranstaltung mit Carsten Sieling und Claudia Bogedan. Kurz vorher per Pressemitteilung das Jubelversprechen nach drei Jahren Jugendberufsagentur (JBA): »Wir werden der Arbeitslosigkeit den Nachwuchs nehmen.« »Keiner soll verloren gehen« – so lautete Ziel zum Start der JBA im Wahlkampfjahr 2015. In Wirklichkeit verlassen viel mehr Jugendliche als noch vor drei Jahren die Schulen ohne wirkliche Perspektiven. Auch weil berufsvorbereitende Bildungsgänge und damit dringend benötigte Bildungszeit eingestampft wurden.

Eltern, Lehrkräfte und alle anderen Personen im Bremer Bildungsbereich glauben dem Marketing aus Rathaus und Rembertiring nicht mehr, sie nehmen die Realität ganz anders wahr. Sie haben in den vergangenen knapp 20 Jahren Bildungssenator Willi Lemke erlebt, danach drei Nachfolgerinnen. Die Sorgen der Beteiligten sind seit dem wahrlich nicht kleiner geworden. Aktuell belasten der immer größer werdende Lehr- und Fachkräftemangel und die unzureichende Ausstattung der Inklusion die tägliche Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern. Und die Anzahl der Schulpflichtigen wird in den kommenden Jahren weiter steigen, siehe Kita-Dilemma.

Die Landesregierung und die Senatorin für Kinder und Bildung haben ein arbeitsreiches (Wahlkampf-) Jahr vor sich. Sie sollten keine unrealitischen Versprechen ausrufen, die nicht eingehalten werden können. Es gibt Dringenderes, an denen sich abgearbeitet werden kann. Sonst wird im nächsten Frühjahr das realistischer, was sie partout verhindern wollen: ein erneuter Personalwechsel im Rathaus und am Rembertiring.

Karsten Krüger

In team

Neuer Name gesucht

Zum Dasein eines Redaktionsmitglieds gehört es, von verschiedenster Seite meist ungefragt gute Ratschläge zur Gestaltung der Zeitung zu bekommen. Manchmal sind aber auch wirklich gute dabei. Zum Beispiel die Frage, ob das I im Titel der blz denn noch zeitgemäß sei. Denn unsere Gewerkschaft vertritt alle im Bildungsbereich Beschäftigten und die Mitgliedschaft spiegelt das in ihrer Zusammensetzung auch wider. Ein neuer Name müsste her. Die einfachste Variante: Vom Landesverband Berlin lernen, heißt siegen lernen. Deren Zentralorgan nennt sich Berliner Bildungszeitung. Andererseits: Vielleicht gäbe es da ja noch schönere Namen. Schließlich sind wir eigentlich ja auch keine Zeitung, sondern ein Magazin. Oder ein Journal? Vielleicht gibt es unter denen, die uns lesen, ja die eine oder andere Idee. Wir sind gespannt... wpf

Rubriken

2 **»Sie sind vorläufig festgenommen«**
Claus Walischewski

4 **Landesvorstand**

Wie weiter mit dem Bremer Schulsystem?

7 **Vorwort**
Jürgen Burger

9 **Klare Analyse, schwache Empfehlungen**
Jürgen Burger

12 **Interview mit Rebecca Schwenzer und Kai Reimers**
Jürgen Burger

13 **Interview mit Prof. Dr. Kai Maaz**
Karsten Krüger

15 **Lagebericht aus Hamburg und Berlin**
Jürgen Burger

17 **Situation in Bremerhaven**
Bernd Winkelmann

19 **Evaluiert – und dann?**
Wilfried Meyer

20 **Statements der Bürgerschaftsparteien**

Bildung – Politik – Gesellschaft

22 **70 Jahre GEW**
Jürgen Burger

26 **Neoliberalismus und Schule**
Werner Pfau

Weitere Rubriken

28 **Recht**

29 **Aus Fachgruppen und Arbeitskreisen**

32 **Gratulationen**

33 **Buchtipps**

34 **Frischluft**
Wilfried Meyer

35 **Hinweise**

36 **Seminare**

BLZ

März / April 2018
67. (79.) Jahrgang

Impressum:
BLZ Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr

Redaktion:
Karsten Krüger
Tel. 0173-6831678
kkrueger@posteo.de

Wilfried Meyer
Tel. 0170-2953984
wilfmey@t-online.de

Werner Pfau
Tel. 0172-1609809
internationales@gew-hb.de

»Termine und Hinweise«:
Jürgen Burger
Tel. 0421-71153
burger@gew-hb.de

Mitarbeit:
Jürgen Burger
Ingrid Emmenecker
Swantje Hüsken
Jan Ströh

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel. 0421-701692

Korrektur:
Gerhild Fiege

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55708-0
Fax 55708-22
ISDN (Leonardo): 55708-21

Anzeigen:
Verlag W. Wächter GmbH
Rita Kropp
Elsasser Straße 41
28211 Bremen
kropp@waechter.de
Tel. 0421-34842-14
Fax 0421-34767 66
z.Zt. gültige
Anzeigenpreisliste Nr. 1
vom 01.01.2018
Anzeigenschluss:
Heft 3 am 25.05.2018

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,- € zuzüglich Zustellgebühr inkl. Mwst.
Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

Bremer Schulleitungen fordern Unterstützung

Teil-Personalversammlung: Kritik an mangelnder Ausstattung und Steuerung

■ Die Schulen im Lande Bremen befinden sich in einer sehr schwierigen Lage angesichts wachsenden Personalmangels, steigender Schülerzahlen, knapper Schulbudgets und maroder Gebäude. Schulleitungen (SL) aller Schulstufen sind jeden Tag vorrangig damit beschäftigt, bestehende Lücken in verschiedensten Bereichen zu stopfen, Defizite auszugleichen, Vertretungspläne zu ändern und kreativ nach Lösungen vor Ort zu suchen. Bei diesen wachsenden Aufgaben überschreiten viele SL die Grenzen der Belastbarkeit und vermissen eine angemessene Unterstützung ihrer Arbeit. Wir fordern sofortige Maßnahmen zur verstärkten Unterstützung unserer Arbeit, ohne die wir schon jetzt an vielen Standorten den Pflichtunterricht oder Ganztagsbetrieb nicht mehr absichern können.

Sofortmaßnahmen zur Stärkung von Schulleitungen

Von der Deputation für Kinder und Bildung in Auftrag gegebene und von der vorherigen Senatorin zugesagte Verbesserungen bei der Leitungszeit insbesondere im Rahmen des Ganztags und der Inklusion wurden nicht umgesetzt. Bis heute warten wir auf konkrete Vorschläge, wie die sich ständig verdichtenden Arbeitsbedingungen von SL verbessert werden können für aktuelle Schulentwicklungen, die uns jeden Tag aufs Neue herausfordern. Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass neue Kolleginnen und Kollegen nur schwer oder gar nicht für die dringend erforderliche Neubesetzung von Schul- und ZuP-Leitungsstellen gewonnen werden können.

Es gibt momentan zwar verschiedenste AG der Behörde mit unterschiedlichen Fragestellungen für Oberschulen und Grundschulen bzw. zum neuen Berufsbild der SL, die an den aktuellen Problemen engagiert arbeiten und in die einige SL viel Zeit investieren. Doch diese Arbeiten mit dem Ziel einer »kooperativen Steuerung« dürfen nicht wieder – wie viele andere AG der Vergangenheit – zu folgenlosen Diskussionsrunden werden, sondern es müssen zeitnah auch konkrete und verbindliche Maßnahmen zur Umsetzung der dort erarbeiteten Vorschläge folgen. Die Senatorin für Kinder und Bildung hat zwar kostenneutrale organisatorische Veränderungen angekündigt, aber ansonsten keinerlei zusätzliche Mittel für die Arbeit von SL in den nächsten 2-3 Jahren in Aussicht gestellt (dann greift die Schuldenbremse und wir haben eine neue Regierung…). Das muss sich dringend ändern!

Forderung der Schulleitungen: Der Lehrkräftearbeitsmarkt muss aktraktiver werden – zum Beispiel durch »E13/A13 für alle«.

Qualitätsverbesserung erfordert vor allem neues Personal

Die momentane Debatte zur Qualitätsverbesserung und Entlastung besonders belasteter Standorte begrüßen wir grundsätzlich. Uns SL liegt die Qualität von Schul- und Unterrichtsentwicklung auch sehr am Herzen, für die wir leider viel zu wenig Kapazität übrig haben und die durch konkrete Maßnahmen für mehr Förder- und Forderunterricht begleitet werden müssen. Diese werden aber nur umzusetzen sein, wenn neben der verbesserten Unterstützung und Entlastung von Schulleitungen gerade für die besonders belasteten Standorte neue Lehrkräfte gefunden und auch qualifiziert werden können. Hier gehen einige geplante Maßnahmen (Aufstockung der ReferendarInnen, Qualifizierung von SeiteneinsteigerInnen, Anwerbung ausländischer Lehrkräfte…) in die richtige Richtung. Aber sie reichen angesichts großer Konkurrenz aus dem Umland immer noch nicht aus und müssten absolute Priorität bekommen. Dazu müssen die SfKB und Bremer Politik mehr unternehmen, um auf dem Lehrerarbeitsmarkt wieder konkurrenzfähig und attraktiver zu werden.

Gesicherte Kapazitäts- und Standortplanungen

Die Schulen im Lande Bremen befinden sich teilweise in einem katastrophalen baulichen Zustand, so dass der Sanierungsbedarf von geschätzten 675 Mio. € nicht mehr aus Eigenmitteln geleistet werden kann. Steigende Schülerzahlen erfordern zusätzlich eine aktualisierte Kapazitätsplanung, um bauliche Veränderungen für die Bremer Schulen verlässlich abzuleiten. Diese realistische Planung vermissen viele betroffene Schulen und SL zurzeit und müssen oft planerische Mängel ausgleichen, die an anderer Stelle durch fehlende oder falsche Planungen entstanden sind. Stattdessen werden teure Mobilbauten mit kurzfristigen Notprogrammen erstellt, bauliche Projekte schlecht koordiniert und verzögert, so dass ein geregelter Ablauf des Schul- oder auch Ganztagsbetriebes oft nicht möglich ist.«
(Einstimmig beschlossen)

Stadtverband Bremen: Mitgliederversammlung

Dienstag, 15. Mai 2018, 17:30 Uhr in der Aula der Oberschule am Leibnizplatz

■ **Tagesordnung:**
17.00 – 17.30 Uhr: Offener Anfang, Ankommen, Umschauen und Schnacken
17.30 Uhr: Begrüßung
Vortrag von Dr. Gerhart Tiesler:«
Lärm in Bildungsstätten«
Diskussion

Anträge
Wahlen
Es sind zu wählen:
- der Wahlausschuss
- der Stadtverbandsvorstand (bis zu 11 Kolleg*innen)
- die bremischen Mitglieder der Redaktion der BLZ
- die Vertretung im DGB-Vorstand
Verschiedenes

Wer für eine der Funktionen kandidieren möchte, kann sich bis zum 2. Mai in der Landesgeschäftsstelle oder bei der Mitgliederversammlung melden.

Das große Entrümpeln

Personalversammlung in Bremerhaven

Dorothea Schulz

■ Rund 1000 Mitarbeiter*innen nahmen an der Bremerhavener Personalversammlung im März teil. Das große Thema war natürlich die Arbeitssituation in Zeiten von Fachkräftemangel und einer hohen Anzahl von Flüchtlings- und anderen Migrationskindern.

Zuerst stellte Kollege Helmut Zachau die Ergebnisse des ISF über die Untersuchung im Primarbereich hinsichtlich der vielen Aufgaben vor. Fazit war, dass inzwischen die vielen verordneten Aufgaben einer Lehrkraft eine Gefahr für die Gesundheit darstelle. Dies Ergebnis kann auch auf andere Professionen in Schule und andere Schulstufen übertragen werden.

Im zweiten Teil berichtete Schuldezernent Michael Frost über Planungen zur Entlastung und Unterstützung des vorhandenen Personals und zur Anwerbung neuer Kolleg*innen. Zum Teil handelt es sich jedoch um Maßnahmen, die von der Zustimmung des Bremer Senats abhängig sind, unter anderem die Rücknahme der befristeten Erhöhung der Unterrichtsstunden oder A 13 / E 13 für alle Lehrkräfte. Zum Abschluss dieses Teils wurde dazu ein Antrag von GEW-Kolleg*innen zur Unterstützung von bereits mehrfach erhobenen Forderungen einstimmig angenommen.

Am Ende der Personalversammlung rief der Landesvorstandssprecher der GEW, Bernd Winkelmann, zu einer Aktion auf. Alle Entrümpelungsbeauftragten der einzelnen Schulen sollten ihren »Müll« zum Entsorgen zu einem Laster vor der Halle bringen. Da wurden dann überflüssige Entwicklungsübersichten, alte Kassettenrekorder, schlechte Software und vieles andere mehr »entsorgt«. Wohin? Das erfahrt ihr in der nächsten BLZ-Ausgabe.

Überflüssig

Personalversammlung (Pädagogische Mitarbeiter*innen)

29. Mai um 09:00 Uhr, Schlachthof.

Personalversammlung (Lehrkräfte)

06. Juni um 14:00 Uhr, Schlachthof.

Gaby Thienken

Am 11. April 2018 ist Gaby Thienken zu früh und unterwartet gestorben. Gaby war eine engagierte Kollegin, die in den Gremien der GEW über viele Jahre verantwortlich gearbeitet hat. Sie war Schatzmeisterin des Landesverbandes und koordinierende Redakteurin der BLZ.

Seit den 1980er Jahren setzte sie sich in den verschiedenen Gremien für die Frauenrechte ein.

In ihrer Schule – dem Schulzentrum Sebaldsbrück – unterrichtete Gaby Kunst, und von ihrer künstlerischen Vorbildung hat auch die BLZ profitiert. Hervorstechend war aber besonders die Zuverlässigkeit und Ausdauer, mit der sie ihre Aufgaben wahrnahm. Nach ihrer Pensionierung hat sie sich besonders für den Kinderschutzbund eingesetzt.

Unser Mitgefühl gilt ihrem Mann, unserem Kollegen Ernst Thienken.

Landesvorstand und Redaktion der BLZ

Inklusion droht an die Wand gefahren zu werden

Diskussion der Fachgruppe »Inklusion und Sonderpädagogik« mit den bildungspolitischen Sprecher*innen der Fraktionen

■ Am 6. März kam es auf Einladung der GEW-Fachgruppe »Inklusion und Sonderpädagogik« zu einem Fachgespräch mit den bildungspolitischen Sprecher*innen der Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft. Es waren beteiligt: Thomas von Bruch (CDU), Matthias Güldner (GRÜNE), Julie Kohlrausch (FDP), Kristina Voigt (Linke) und Helmut Weigelt (SPD).

Anlass war unter anderem die Sorge der GEW, dass nach neun Jahren Praxis mit dem Auftrag »Inklusive Schule« dieser Teil der Schul-Reform an die Wand gefahren wird. In einer zweistündigen regen Debatte ging es um Einschätzung der Situation an den Grund- und Oberschulen sowie zum Stand der Umsetzung der »inklusiven Schule«. Die Beteiligten waren sich einig darüber, dass es an den Schulen eine sehr große Akzeptanz zu dem Auftrag »Inklusive Schule« und eine, wenn überhaupt nur wenig ausgeprägte Tendenz zur Rückkehr ins viergliedrige Schulsystem gibt.

Aber man stellte auch eine große Unzufriedenheit fest, die teilweise zur Demotivation führt, da der Umsetzungsprozess mit deutlichen Belastungen für Lehrkräfte und andere Beteiligte behaftet ist.

Am Ende des Gesprächs gab es eine Übereinstimmung zu folgenden Punkten, die für eine Verbesserung der Situation dringend anstehen:

- Die Schulen müssen bei der Personalausstattung mit Fachlehrkräften, Sonderpädagog* innen, Vertretungskräften und Sozialpädagog*innen gestärkt werden.
- Die Lehrkräfte benötigen Zeit für die arbeitsintensiven Aufgaben wie Teamarbeit, Beratung, Diagnostik und Förderung. Hier muss eine Entlastung im Bereich der Unterrichtsverpflichtung im Interesse dieser Aufgaben geschehen.
- Die Steuerung des Reformprozesses »Inklusive Schule« benötigt eine kontinuierliche und verlässliche Verantwortung in der Schulbehörde, so dass die Entwicklung und Sicherung von Qualität zu gewährleisten ist.

Mit dieser Sichtweise sah sich die Runde aus dem Fachgespräch in sehr guter Gesellschaft mit dem Bericht der Expertenkommission zur Evaluation der Bremer Schulreform, der am 5. März vorgestellt wurde. Das Fachgespräch wurde von den Beteiligten als so konstruktiv angesehen, dass man für diese Gesprächsrunde eine Fortsetzung vereinbart hat.

Aufruf »Abrüsten statt aufrüsten«

■ Seit Herbst 2017 werden bundesweit Unterschriften unter den Aufruf »Abrüsten statt aufrüsten« gesammelt. Inzwischen haben über 30.000 den Aufruf unterzeichnet, darunter auch die Vorsitzende der GEW Marlies Tepe als Erstunterzeichnerin neben anderen Gewerkschaftsvorsitzenden, aber auch viele andere GEW-Mitglieder. Über 600 Bremer Bürger*innen haben sich bereits zum Aufruf bekannt.

Aber diese Zahlen reichen nicht, um öffentlichen Druck auszuüben. Es müssen mehr werden. Deswegen rufen wir unsere Mitglieder dazu auf, den Aufruf bekannt zu machen und weitere Unterzeichner*innen zu gewinnen.

Eine Unterschriftenliste mit Wortlaut und Erstunterzeichner*innen des Aufrufs liegt dieser BLZ bei.

Unterzeichnet werden kann der Aufruf im Internet unter dem Link https://abruesten.jetzt/
oder auf der der BLZ beiliegenden Unterschriften-Liste

WIE WEITER MIT DEM

BREMER SCHULSYSTEM?

■ Wie weiter mit dem Bremer Schulsystem?

Im Juli 2016 hatte die Bürgerschaft einen Auftrag zur »Evaluation der Bremer Schulreform« erteilt. Der Bericht der von ihr berufenen Expertengruppe wurde im März 2018 vorgelegt. Das Ganze war Bestandteil des »Bremer Schulfriedens« von SPD, Grünen und CDU aus dem Jahre 2009. Man hatte sich darauf geeinigt, das neue Zwei-Säulen-System in den nächsten zehn Jahren nicht in Frage zu stellen und es vor Ablauf der Frist evaluieren zu lassen.

Der Begriff »Schulfrieden« oder auch »Schulkonsens« hat einen suggestiven Charakter: Alle Kritiker des Zwei-Säulen-Systems werden damit zu Störenfrieden erklärt. Und zu diesen Kritikern gehörte von Beginn an die GEW. Sie setzte sich nach der Bürgerschaftswahl 2007 gegenüber der neuen rot-grünen Koalition für die Weiterentwicklung des damals bestehenden Schulsystems zu »Einer Schule für Alle« ein und verwies darauf, dass die Regierungsparteien in ihren Wahlprogrammen ein »längeres gemeinsames Lernen« versprochen hatten.

Parallel zur von der Bürgerschaft eingesetzten Expertengruppe hat die Fachgruppe Oberschulen der GEW mit einer eigenen »Praxis-Evaluation« die Ergebnisse des Schulgesetzes von 2009 untersucht. Ihre Befunde und Forderungen werden in diesem Heft mit den Befunden und Empfehlungen der Expertengruppe verglichen (S. 9-11). Zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden folgen Interviews und Analysen. Hier wird auch der Frage nach den notwendigen personellen und materiellen Rahmenbedingungen und nach der Zukunftsfähigkeit des Zwei-Säulen-Systems nachgegangen (S. 12-19). Zum Schluss haben wir die bildungspolitischen Sprecher*innen der Parteien befragt, welche Konsequenzen sie aus der Evaluation ziehen.

Die von Karsten Krüger zusammengestellte Fotostrecke dokumentiert die vielen Kontroversen und Proteste seit der Verabschiedung des Schulgesetzes und zeigt auf, dass in den letzten neun Jahren von »Schulfrieden« schwerlich die Rede sein konnte.

Jürgen Burger

Evaluation des Schulsystems

Neun Jahre »Schul-frieden«

2009: Personalversammlung beschließt Tarifstreik

2010: Expertendiskussion auf dem Oberschultag

2011: Protestaktion: »Wir zersägen den Rotstift«

2012: Schülerinnen in Trauerstimmung

2013: »Keine Nullrunde« für Beamtinnen und Beamte

2014: Protest aus BHV vor dem Bremer Rathaus: Bagger statt Schaufel

2015: Bildungskarneval vor dem Rathaus

2016: In Bremerhaven ist der Notfall eingetreten

2017: Demonstration im Bremer Westen

2018: Personalmangel und der Drahtseilakt

Klare Analyse, schwache Empfehlungen

Die Befunde und Empfehlungen der Evaluationsgruppe im Vergleich mit den Befunden und Forderungen der GEW-Fachgruppe Oberschule

Jürgen Burger

■ Die von der Bürgerschaft eingesetzte Expertengruppe zur Evaluation des Bremer Schulsystems hat am 05. März ihre Ergebnisse vorgelegt. Schon vorher hatte die GEW-Fachgruppe Oberschule ihren »Evaluationsbericht von Praxisexpert*innen« der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein Vergleich beider Untersuchungen zeigt große Übereinstimmung in den Befunden, aber auch große Unterschiede in den daraus gezogenen Konsequenzen. Die folgenden Zitate aus den beiden Untersuchungen zeigen dies.

Aus den Befunden:

Ungleichmäßige Entwicklung:

Evaluationsgruppe: »Rund 70 Prozent der Erstwunschanmeldungen an den weiterführenden Schulen richten sich auf den Besuch einer Oberschule, 30 Prozent auf das Gymnasium. … Gleichwohl variiert die Schulnachfrage erheblich auf Ebene der einzelnen Schulen. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Oberschulen mit und Oberschulen ohne eigene Oberstufe. Während die Gruppe der Oberschulen ohne Oberstufe in allen Jahren seit Einführung der neuen Schulstruktur eine Unternachfrage aufwies, waren die Oberschulen mit eigener Oberstufe übernachgefragt.« (Siehe Abb. 1)

GEW-Fachgruppe: »Die Oberschule, die inhaltlich weitgehend dem Konzept der Gesamtschule entspricht und ihre Schüler*innen zu allen Bildungsabschlüssen einschließlich des Abiturs führen soll, hat sich auch zehn Jahre nach ihrer Einführung nicht zu einer einheitlichen Schulform entwickelt: Während sich Oberschulen mit eigener Oberstufe in bürgerlichen Stadtteilen einer hohen Akzeptanz in der Elternschaft erfreuen, drohen andere Oberschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen sich zu Restschulen zu entwickeln.«

Soziale Herkunft und Bildungserfolg:

Evaluationsgruppe: »In Bezug auf die Entwicklung soziokultureller Disparitäten zeigt sich, dass die Herkunftsmerkmale der Schülerinnen und Schüler auch nach der Reform eng mit dem individuellen Bildungsverlauf und Bildungserfolg zusammenhängen.«

GEW-Fachgruppe: »Die Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungsabschluss wird durch das Zwei-Säulen-Modell nicht aufgehoben, sondern bestätigt.«

Ausstattung:

Evaluationsgruppe: »Insbesondere im Bereich der personellen, aber auch hinsichtlich der räumlich-materiellen Ausstattung werden seitens der Schulen zum Teil erhebliche Engpässe und Bedarfe gesehen. Dies gilt in besonderem Maße für Schulen in herausfordernden sozialen Lagen und für die Umsetzung der Inklusion.«

GEW-Fachgruppe: »Faktischer oder verschleierter Unterrichtsausfall, die Doppelbetreuung oder Aufteilung von Klassen, die Fluktuation von Vertretungskräften wie Bachelor- oder Masterstudierenden führen zu Diskontinuitäten und Qualitätsverlusten im Unterrichtsprozess.«

Inklusion:

Evaluationsgruppe: »Die inklusionsbedingte Belastung wird durchgängig als hoch wahrgenommen. Die Probleme aufgrund des Fachkräftemangels und der damit einhergehenden unbesetzten Stellen sowie eine mangelhafte Ausstattung sowohl mit Förderressourcen als auch mit Lehrkräften werden beklagt. Kritisiert werden fehlende Kooperationszeiten und die als problematisch zu bewertende Verwendung sonderpädagogischer Ressourcen für die Vertretung von Unterricht. Hier bedarf es entsprechend eingehender Prüfungen des Ressourceneinsatzes.« »Kritisch bewertet wird die Unterstützung von Seiten der Bildungsverwaltung, die sich nach Einschätzung der Befragten nicht in top-down verordneten Steuerungsmaßnahmen, sondern in verbindlichen Rahmenkonzepten (u.a. inklusive Curricula, Lern- und Arbeitsmaterialien, Übergangsgestaltung, multiprofessionelle Kooperation) niederschlagen sollte, an deren Entwicklung die ZuP-Leitungen, Lehr- und Fachkräfte beteiligt werden wollen.«

GEW-Fachgruppe: »Die angestrebte sonderpädagogische Versorgung im Umfang von 3 Stunden pro Kind wird nicht gewährleistet. Die Minimalstandards hinsichtlich Förderstunden, Doppelbetreuung, Lerngruppengröße werden durchgängig unterschritten. Die Regelschulkolleg*innen fühlen sich mit den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf »alleingelassen« und fachlich überfordert. Die Fortbildungsangebote und Kooperationszeiten für das nichtunterrichtende Personal (z.B. Assistenzen) sind unzureichend. Es fehlen Kooperationszeiten für die gemeinsame Planung im Team von Regelschulkolleg*innen und Sonderpädagog*innen«. »Es gibt eine völlig unzureichende behördliche Anleitung, Begleitung, Steuerung und Unterstützung des Schulreformprozesses, auch bedingt durch fehlende personelle Kapazitäten in der Schulbehörde des Stadtstaates.«

Tests und Vergleichsarbeiten:

Evaluationsgruppe: »Zwar kommen in Bremen bereits verschiedene Verfahren wie Vergleichsarbeiten, zentrale Abschlussprüfungen und die Bereitstellung schulstatistischer Daten zur Anwendung. Der Einsatz erfolgt jedoch oftmals unverbunden, unsystematisch und überwiegend ohne hinreichende Überprüfung der Wirkungen von Maßnahmen, die aus den Ergebnissen abgeleitet wurden. Entsprechend wird der wahrgenom-

mene Nutzen der Verfahren auf Seiten der Schulen bislang überwiegend als gering eingeschätzt.«
GEW-Fachgruppe: »Die unzähligen Vergleichstests haben zu keiner Verbesserung der Unterrichtsqualität geführt.«

Beurteilung des Gesamtsystems:
Evaluationsgruppe: »Ein sehr hoher Anteil der Schulleitungen an den Oberschulen (über 90 Prozent) und Grundschulen (über 80 Prozent) spricht sich darüber hinaus für ein gänzlich ungegliedertes Schulsystem aus.«
GEW-Fachgruppe: »Es bleibt aber zu befürchten, dass perspektivisch das Festhalten an zwei Schulformen einer echten Chancengerechtigkeit im Wege steht. Nur eine Schule für alle kann diese für alle Kinder im Bundesland Bremen ermöglichen.«

Aus den Empfehlungen der Evaluationsgruppe und den Forderungen der GEW-Fachgruppe:

Tests und Vergleichsarbeiten:
Evaluationsgruppe: »Ein zentraler Ansatzpunkt für die Weiterentwicklung liegt im Bereich der datenbasierten Schul- und Unterrichtsentwicklung.«
GEW-Fachgruppe: Keine Stellungnahme; die Diskussion läuft noch.

Ausstattung:
Evaluationsgruppe: »In Verbindung mit einer systematischen Bestandsaufnahme und Analyse der gegenwärtigen Ressourcenausstattung müssen vor dem Hintergrund der unveränderten soziokulturellen Disparitäten im Bildungserfolg Maßnahmen der differenziellen und bedarfsorientierten Ressourcenzuweisung entwickelt und umgesetzt werden, und zwar in deutlich stärkerem Ausmaß als bislang geschehen.«
GEW-Fachgruppe: »Die Senatorin für Kinder und Bildung soll der sozialen Spaltung der bremischen Schülerschaft zwischen Gymnasien und Oberschulen im Rahmen des Zwei-Säulen-Modells entgegenwirken. Insbesondere muss dabei den ungleichen Ausgangsbedingungen der einzelnen Oberschulen Rechnung getragen werden. Oberschulen in sozialen Brennpunkten sind durch eine besonders gute Ausstattung in ihrer Attraktivität zu erhöhen. Andernfalls droht die Akzeptanz dieser Schulform in der Elternschaft weiter zu sinken und die Oberschule sich zur Restschule zu entwickeln.«

2009: Podiumsdiskussion in Bremerhaven über das neue Schulgesetz. Es wurde beschlossen, dass die Sek-II-Zentren bleiben sollen.

Schulorganisation:
Evaluationsgruppe: »Um Unterschiede in der Schulnachfrage zu reduzieren, empfiehlt die Expertengruppe die Kooperation zwischen Schulen ohne eigene Oberstufe und den Oberstufen anderer Schulen weiter zu intensivieren und die Möglichkeit zum Erwerb des Abiturs an allen Schulen auch für die Eltern von Beginn an noch sichtbarer zu machen.«
GEW-Fachgruppe: »Die Oberschulen ohne Oberstufe dürfen nicht zu »Restschulen« werden und müssen bei der Vorbereitung und Qualifizierung für die gymnasiale Oberstufe besonders unterstützt werden. Die Oberstufen der Oberschulen und der beruflichen Gymnasien sollen regionale Verbünde bilden, um attraktive und vielfältige Kursangebote anbieten zu können.«

Ganztag:
Evaluationsgruppe: »Angesichts eines insgesamt als erfolgreich zu bewertenden Ganztagsschulausbaus, ins-besondere im Primarbereich, sollte versucht werden, das erreichte Niveau zu halten.«
GEW-Fachgruppe: »Für den Ganztag muss ein Rahmenkonzept mit verbindlichen Ausstattungsstandards erstellt werden. Jede Ganztagsschule muss eine Mensa erhalten, in der vor Ort gekocht wird. Für den Freizeitbereich muss ein eigenes Budget bereitgestellt werden.«

Inklusion:
Evaluationsgruppe: »Spezifisch für den Bereich der Inklusion werden von der Expertengruppe folgende Maßnahmen vorgeschlagen:
Systematische Überprüfung der Ressourcenausstattung und deutliche Anstrengungen zur Rekrutierung von Fachpersonal und Besetzung der vakanten Stellen in den Schulen; Berücksichtigung der in den letzten Jahren deutlich angestiegenen Zahlen von Schülerinnen und Schülern mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf und mit geringen Deutschkenntnissen, der sich im Primarbereich mindestens ebenso deutlich abzeichnen dürfte wie im Sekundarbereich, bei der pauschalen Ausstattung mit Förderressourcen. Ausstattung der Schulen mit sonderpädagogischem Personal (z.B. Vorhalten von mindestens einer sonderpädagogischen Stelle pro 3-zügigem Jahrgang). Die vorgesehenen drei sonderpädagogischen Lehrerstunden pro Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf LSE liegen an der unteren Grenze, der für die Schulen angesichts insgesamt hoher Belastungen als verkraftbar wahrgenommenen Kapazitäten.«

GEW-Fachgruppe: »Das Bundesland Bremen muss wieder Sonderpädagogen an der Universität ausbilden (Ausbau und Weiterentwicklung des Studiengangs inklusive Pädagogik).

- Die Ausbildungskapazität am LIS muss erhöht werden.
- Die Doppelbesetzung in »Schwerpunktklassen« muss sich auf den gesamten Unterrichtstag einschließlich der zusätzlichen Angebote AGs etc. erstrecken.
- Wo keine Sonderpädagog*innen vorhanden sind, muss die Doppelbesetzung übergangsweise durch Regelschulkolleg*innen wahrgenommen werden.
- Beide Schulformen (Gymnasien und Oberschulen) müssen die besonderen Aufgaben der inklusiven Beschulung von Kindern aller sonderpädagogischen Förderschwerpunkte wahrnehmen.«

Sozialarbeit:

Evaluationsgruppe: »Die Einbindung sozialpädagogischer Fachkräfte insbesondere in sozioökonomisch und soziokulturell besonders belasteten Schulen erweist sich als zielführend und sollte weiter ausgebaut werden. Die Einbindung in die ZuP-Struktur sollte systematisch unterstützt werden.«

GEW-Fachgruppe: »Die GEW fordert die Anhebung der Mindestausstattung mit Sozialpädagog*innen / Sozialarbeiter*innen auf ein Verhältnis von einer Stelle auf 150 Schüler*innen mit zusätzlichen Stunden für Schulen in sozialen Brennpunkten.«

Kooperationszeiten und Arbeitszeit:

Evaluationsgruppe: »Verbindliche, in den Stundenplänen verankerte Kooperationszeiten in den Jahrgangs- bzw. jahrgangsübergreifenden Teams und/oder Fachteams sollten in Abstimmung mit den Schulaufsichten in allen Schulen etabliert werden, um multiprofessionelle Kooperation und Handlungskoordination zu ermöglichen.«

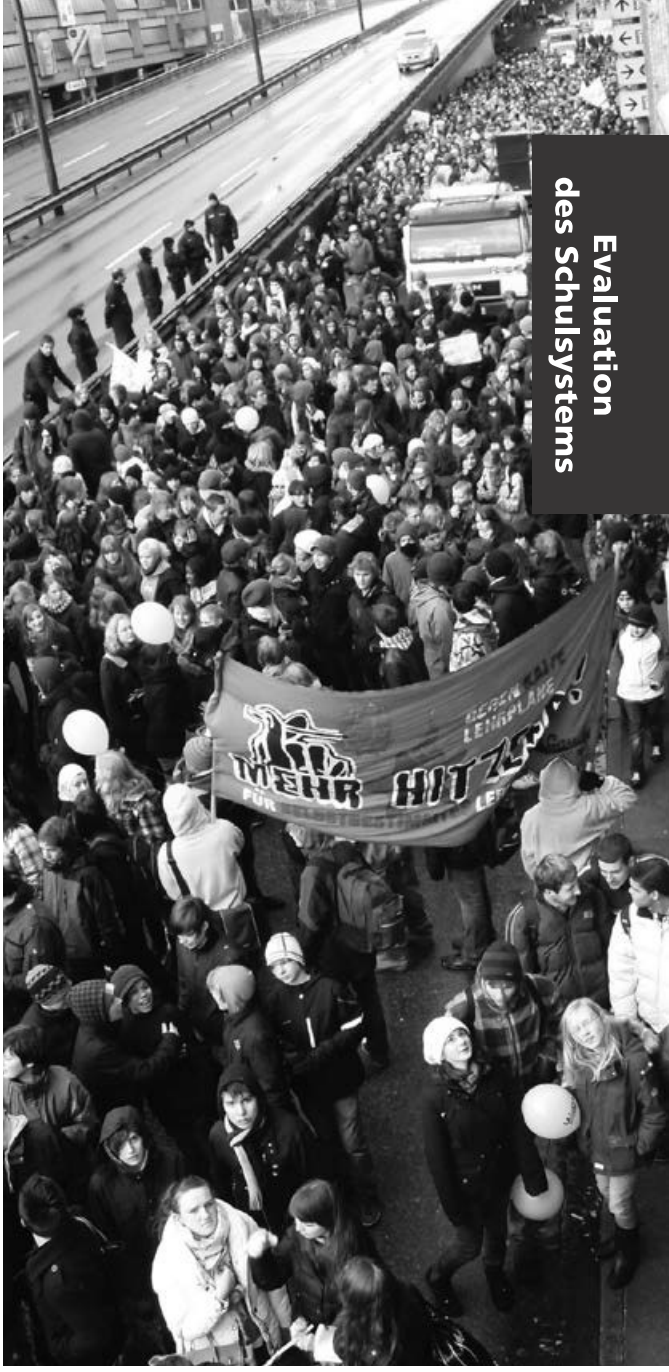
GEW-Fachgruppe: »Die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte muss deutlich zugunsten von Unterrichtsplanung, Kooperation, Schulentwicklungsarbeit, Hospitation und Supervision abgesenkt werden.

- Für Schulentwicklungsarbeit und außerunterrichtliche Aufgaben müssen Entlastungsstunden gewährt werden.
- Durch kleinere Klassen (max. 20 Schülerinnen und Schüler) muss gerade an den Oberschulen eine wirksame Entlastung der Lehrkräfte von Lautstärke und Unterrichtsstörungen erfolgen.
- In Klassen mit Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist eine Doppelbesetzung Pflicht. In Lerngruppen mit schwieriger sozialer Zusammensetzung ist ebenfalls eine Doppelbesetzung notwendig.«

Perspektive des Gesamtsystems:

Evaluationsgruppe: »Die Expertengruppe sieht in der neuen Schulstruktur einen zukunftsfähigen und modernisierungsoffenen Rahmen und empfiehlt, die neu geschaffenen Strukturen beizubehalten.«

GEW-Fachgruppe: »Letztendlich können soziale Chancengleichheit und wirkliche Inklusion langfristig nur durch die Überwindung des Zwei-Säulen-Modells und die Einführung einer ›Schule für Alle‹ verwirklicht werden.«



2010: Mehr als 2500 Schülerinnen und Schüler streiken und fordern mehr Mitbestimmung. Sie sagen »Es geht nicht um uns« und »Wir wollen eine ganz andere Bildung«. Die Proteste finden ein reges Presseecho.

Schulwahl nach der vierten Klasse

	NAR			Anteil Regelstandard			Anteil sonderpäd. FB			Anteil MGH		
	2011	2016	2017	2011	2016	2017	2011	2016	2017	2011	2016	2017
Gymnasium	104,4	114,5	104,1	76,2	79,4	74,3	2,1	1,4	1,6	35,0	42,8	NA
Oberschule gesamt	89,1	90,0	93,4	15,8	15,4	15,5	8,1	14,9	14,3	41,0	53,2	NA
Oberschule mit GO	121,4	115,6	120,6	27,7	23,2	20,1	4,2	11,0	12,1	35,6	51,0	NA
Oberschule ohne GO	77,9	80,4	83,2	11,6	12,5	13,7	9,5	16,3	15,1	42,8	54,0	NA

Anmerkungen: GO = gymnasiale Oberstufe, NAR = Nachfrage-Angebots-Relation, MGH = Migrationshintergrund, FB = Förderbedarf.

Quelle: Senatorin für Kinder und Bildung, eigene Berechnungen.

Die Tabelle zeigt deutlich das Missverhältnis in der Nachfrage zwischen Oberschulen mit gymnasialer Oberstufe und und solchen ohne. Das Bild der Oberschulen ohne Oberstufe wird noch durch zwei überangewählte traditionelle Gesamtschulen (GSW und GSM) geschönt. Auch der Anteil der Schüler*innen mit Grundschulabschlüssen über Regelstandard ist hier am niedrigsten und derjenige mit sonderpädagogischem Förderbedarf am höchsten. (Bericht der Expertengruppe, Langfassung S. 31)

■ Ihr habt als Fachgruppe Oberschule die Praxis-Evaluation der GEW »Wie weiter mit der Oberschule in Bremen« erstellt. Die Ergebnisse liegen jetzt als Broschüre in den Schulen vor. Kurz danach wurde auch der Bericht der von der Bürgerschaft einberufenen Expertengruppe präsentiert.

»Für ein gutes Bildungssystem muss man Geld investieren…«

Interview mit Rebecca Schwenzer und Kai Reimers (Fachgruppe Oberschule – Eine Schule für Alle)

In welchen Punkten seht ihr euch als Fachgruppe durch die Analyse der Expertengruppe bestätigt?

Rebecca: Sieht man sich die Zusammenfassungen und Empfehlungen der beiden Evaluationsberichte an, stellt man eine sehr hohe Übereinstimmung in den Einschätzungen bezüglich der Ausstattung der Schulen mit Personal und Material und bezüglich der räumlichen Anforderungen fest.

Kai: Ja, genau: Auch der Expertenbericht bestätigt, dass wir Recht haben, wenn wir sagen, die Oberschulen sind unterausgestattet, unterfinanziert und seitens der Behörde auch untersteuert.

Rebecca: Auch die Forderung nach Herabsenkung der Unterrichtsstundenverpflichtung der Lehrkräfte zugunsten von Kooperation und Schulentwicklungsarbeit finden sich in beiden Berichten, ebenso wie der Hinweis auf die Notwendigkeit der Ausstattung der Schulen mit Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen.

Kai: Auch im Bezug auf die Inklusion decken sich beide Berichte in ihrer Forderung nach flächendeckender Doppelbesetzung in den Klassen und der Feststellung der Notwendigkeit von Kooperationszeiten, die im Stundenplan verankert werden müssen.

Rebecca Schwenzer

Kai Reimers

Wo seht ihr Lücken oder zieht ihr andere Schlüsse?

Rebecca: Im Unterschied zu unseren Forderungen findet sich in den Anregungen der Expertenkommission als erster Punkt die Befürwortung der Einrichtung eines Qualitätsinstituts nach Hamburger Vorbild. Eine solche Einrichtung lehnen auch wir nicht kategorisch ab. Wir bezweifeln aber, dass ein solches Institut wirksam die Leistungen Bremer Schüler*innen und Schulen verbessern kann, solange wir insgesamt so schlecht ausgestattet sind.

Kai: Ja, darum hat für uns eine bessere Ausstattung der Bremer Schulen mit Personal und Sachmitteln eine höhere Priorität als die Einführung eines Qualitätsinstituts.

Wie beurteilt ihr die Empfehlungen im Vergleich zu euren Forderungen?

Rebecca: Wenn man böse ist, kann man in der Rangfolge der Empfehlungen der Expertenkommission ein Entgegenkommen gegenüber dem Senat, der ja auch Auftraggeber der Studie war, sehen. Lässt man diese erste Empfehlung – Einrichtung eines Qualitätsinstituts – weg, decken sich unsere Forderungen auffallend mit den Empfehlungen der Expertenkommission.

Kai: Es bleibt zu wünschen, dass die Empfehlungen der Expertenkommission nicht von vorne nach hinten, also als abzuarbeitende Liste oder in ihrer Gewichtung abnehmend wahrgenommen wird. Das hieße nämlich, die aus unserer Sicht außerordentlich wichtigen Empfehlungen bezüglich der Inklusion hintanzustellen.

Was denkt Ihr, wie wird die Politik auf diese Empfehlungen reagieren?

Rebecca: Es steht zu befürchten, dass die Politik der Öffentlichkeit gegenüber Entschlossenheit demonstrieren will, indem sie suggeriert, mit einem solchen Qualitätsinstitut könnten die Unterrichtsqualität und das schlechte Abschneiden der Bremer Schüler und Schülerinnen in den Vergleichstest verbessert werden. Wir bezweifeln, dass diese Strategie ohne eine wirkliche verbesserte Ausstattung der Oberschulen tatsächlich erfolgreich ist.

Kai: Es ist halt so, dass hochwertige Bildung nur von qualifizierten Fachleuten unter guten Arbeitsbedingungen erreicht werden kann. Dann muss man dafür aber halt auch Geld in die Hand nehmen. In einem so reichen Land muss es möglich sein, viel mehr Geld in Bildung zu investieren. Das ist eben eine Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

In buten un binnen wie auch im Weser Report wurde berichtet, die GEW wolle die Gymnasien abschaffen?

Rebecca: Nun, richtig ist, dass wir für Eine Schule für Alle eintreten. Wie übrigens auch die Mehrheit der Schulleitungen an Oberschulen ein gänzlich ungegliedertes Schulsystem in der SI befürworten, wenn man der offiziellen Evaluation glauben kann. Aber natürlich sind auch wir nicht naiv. Die bildungsnahen Elternhäuser in Bremen wollen das traditionelle Gymnasium unbedingt erhalten, was auch verständlich ist, denn die schwierige Ausgangslage vieler Oberschulen ist den Eltern natürlich nicht unbekannt.

Kai: Dementsprechend findet sich in Bremen bis auf die Linke auch keine Partei, die für »Eine Schule für Alle« eintritt. Aber die Aufgabe einer Bildungsgewerkschaft ist es auch, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Und die ist: Es gibt eben keinen fairen Wettbewerb zwischen Gymnasien und Oberschulen um die Anwahlen durch die Eltern. Die Oberschulen tragen bei der inklusiven Beschulung die Hauptlast, bei der Integration der geflüchteten Kinder und Jugendlichen ebenfalls und auch im Bereich der Kinderarmut. Die Gymnasien dagegen geben alle bei ihnen gescheiterten Schüler auch noch an die Oberschulen, so dass deren Klassen im Verlauf der SI immer voller werden, die der Gymnasien aber kleiner. Das Gymnasium ist also, wenn man ehrlich ist, eine exklusive und im Prinzip unsoziale Schulform. Mit jedem neuen Gymnasium werden die Oberschulen weiter geschwächt.

Rebecca: Also auch das Gymnasium müsste sein traditionelles elitäres Selbstverständnis hinterfragen und sich schrittweise zu einer heterogenen und inklusiven Schulform entwickeln. Das könnten aber nach der-

zeitiger Lage der Dinge nur die Kolleg*innen am Gymnasium selbst erstreiten. Und dabei werden sie auf erbitterten Widerstand der konservativen Teile der Lehrer- und Elternschaft treffen. Aber am Ende des Weges könnten dann irgendwann viele gut ausgestattete Schulen mit heterogener Schülerschaft und guter Bildung für Alle stehen.

»Vor allem die Leistungsschwachen sind zu fördern«

Bildungsforscher Prof. Dr. Kai Maaz hat die Evaluation der Oberschulen geleitet. Er hält die »Schule für alle« für wünschenswert, aber nicht jetzt.

Karsten Krüger

■ Vor der Evaluation haben Sie die »Schule für alle« als pädagogisch ideal bezeichnet, aber auch als Energieverschwendung. Warum sollte man etwas pädagogisch Ideales nicht ansteuern?
Eine Schule für alle, die durchlässig ist, die den individuellen Förderbedarfen der Kinder gerecht wird, die sie dort abholt wo sie sind, in der viele Kinder gemeinsam lernen, bietet optimale Voraussetzungen, damit Leistungsstarke und Leistungsschwache voneinander profitieren können. Warum ist es eine Energieverschwendung? Weil die Umsetzung momentan realitätsfremd ist. Wir brauchen eine Struktur, die unter den gegebenen Umständen zukunftsfähig und modernisierungsoffen ist.

Ihr genaue Aussage war: »Jetzt ist es eine Energieverschwendung.« Was muss denn passieren, damit es keine Energieverschwendung mehr ist? Und wann kann das so sein?
Ich kann leider nicht in die Zukunft zu schauen. Derzeit fußt unser Bildungssystem auf gegliederten Schulzweigen, dem entspricht auch die soziale Realität, große Teile der Gesellschaft können sich in Schulsystem ohne Gymnasium derzeit nicht vorstellen. Daher wäre es im Augenblick müßig, ein System ohne eine solche äußere Differenzierung zu entwickeln. Ob das in 10, 15 oder 20 Jahren anders ist, weil sich in der Gesellschaft möglicherweise ein anderes Verständnis von Bildungsstrukturen etabliert hat, kann ich schwer einschätzen. Denkbar wäre das durchaus.

Auch wünschenswert?
Prinzipiell ja. Aber in der Gegenwart ist es zunächst einmal mein Wunsch, dass wir das Zwei-Säulen-System annehmen und es so ausgestalten, dass die beiden Seiten wirklich gleichberechtigt agieren können.

Sie empfehlen, die Ressourcenausstattung der Schulen kritisch zu hinterfragen? Was meinen Sie damit konkret?
Man sollte zuerst klären, welche Ressourcen zur Verfügung stehen – und wofür? Das Ziel sollte eine klare Ressourcenzuweisung sein. Wo kann eine Schule möglicherweise auf Ressourcen verzichten, wo braucht eine Schule vielleicht mehr Geld, um dringende Probleme vor Ort zu lösen?

Sie plädieren also für ein Umverteilen?
Ja, es geht in den Schulen möglicherweise auch um Umverteilung, aber an den Stellen, wo es notwendig ist, müssen zudem mehr Ressourcen ins System gesteckt werden. Nur wäre es einfach zu sagen, dass es mit mehr Geld im System getan wäre. Das Land Bremen hat vor allem große Probleme, pädagogisches Personal zu rekrutieren. Nur mit mehr Geld lassen sich aber keine Lehrkräfte, Sozial- oder Sonderpädagogen gewinnen. Man muss sich also auch andere Strategien überlegen.

2011: Auf dem Weg zu den politisch Verantwortlichen: Das Bremer Bündnis für Bildung protestiert vor der Bürgerschaft gegen Missstände in der Bildung.

Es gibt bei Eltern und Lehrkräften die große Sorge, dass der Fach- und Lehrkräftemangel nicht nur anhält, sondern sich sogar ausweitet. Das Zwei-Säulen-Modell hat diesen Mangel nicht verhindert.
Ich glaube, dass die Erwartungen, die man in eine solche Reform steckt, bildungspolitisch sehr weit formuliert werden, es aber bildungspraktisch nicht wirklich realistisch ist, dass diese Ziele in Gänze erreicht werden. Ich kann verstehen, dass die Beteiligten ein Stück weit enttäuscht sind. Aber viele Dinge sind meines Erachtens nicht erwartbar, obwohl die strukturelle Entscheidung in die richtige Richtung geht. Deshalb haben wir deutlich gemacht, dass

nach den strukturellen Schritten nun die Qualitätssicherung und -entwicklung in den Fokus rücken muss. Die Bildungsstruktur wird akzeptiert, sie schafft Raum für inhaltliche und pädagogische Orientierung. Das scheint mir der richtige Weg zu sein. Aber dabei müssen die Schulen und Lehrkräfte unterstützt werden, sonst macht sich schnell ein Gefühl der Hilflosigkeit breit.

Eine Frage zur Methode ihrer Studie: Ihnen standen lediglich Statistiken zur Verfügung, dazu haben sie Schulleitungen befragt. Einschätzungen des pädagoschen Fachpersonals und der Schülerinnen und Schüler fehlen. Wären mit ihnen andere Ergebnisse entstanden?
Schulleitungen sind – das zeigen andere Studien, in denen auch Lehrkräfte befragt wurden – ganz gute Seismografen für die Situation in ihrer Schule. Ihre Aussagen decken sich oft mit denen der Pädagogen. Bei Schülerinnen und Schülern ist es etwas anderes. Sie nehmen die Schulstruktur und Veränderungen am System aus einer anderen Perspektive wahr. Wir hätten gerne ein anderes Design angelegt und auch Lehrkräfte und Schüler mit berücksichtigt, aber wir hatten für diese Studie nur ein Jahr Zeit. Da waren zeitlich nur Fragen an Schulleitungen möglich.

Ist die im Ländervergleich schlechte Schüler/Lehrer-Relation Bremens in dieser Studie berücksichtigt worden?
Explizit nicht, aber bei den Interviews im Bereich der Inklusion unter der Überschrift »Unzureichende Ausstattung mit Personal« hat sie natürlich eine Rolle gespielt. Das ist ein Problem, das man angehen muss. Ohne ausreichend Lehrkräfte habe ich Probleme, qualitätsvollen Unterricht zu organisieren. Die Bildungspolitik ist gefragt, Strategien zu entwickeln und gutes pädagogisches Fachpersonal zu rekrutieren.

Was soll die Bildungsbehörde jetzt zuerst tun?
Als Wissenschaftler können wir nur einen Überblick über die relevanten Ansatzpunkte geben, die Priorisierung muss durch die Politik erfolgen.

2012: Trotz Schnee und Eis artikulieren viele Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte ihre Kritik an der Bremer Bildungspolitik. Ex-Senatorin Renate Jürgens-Pieper war gerade zurückgetreten.

Sie sind aber tief ins Thema eingedrungen, kennen sich gut aus und können sicher Hinweise geben.
Die formale Struktur sollte beibehalten werden, aber man sollte sich nicht darauf ausruhen. Aus meiner Sicht sollte man drei Herausforderungen primär angehen: Erstens die zum Teil großen Kompetenzdefizite. Warum ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die die Mindeststandards nicht erreichen, in Bremen so groß? Warum gibt es so viele, die die Schule ohne Abschluss verlassen? Man braucht auf der Prozessebene neue Modelle, die explizit diesen Schülern zu besseren Leistungen verhelfen. Die zweite Herausforderung hängt eng mit dem ersten Problem zusammen: die großen sozialen Ungleichheiten. Es gilt vor allem die Leistungsschwachen zu fördern – und zwar stärker als die Leistungsstarken. Es braucht Programme, die speziell darauf ausgerichtet sind. Meine dritte Empfehlung wäre es, sich genau anzuschauen, warum manche Schulen kaum ausgewählt werden. Wie kann man diese Schulen wieder attraktiver machen?

Sie haben bei den drei Zielen das Wort Geld nicht benutzt.
Ich habe das Wort Geld nicht benutzt, aber das wäre sicherlich ein vierter Punkt, den man nennen könnte. Es geht um die Überprüfung der Ressourcenausstattung, der Ressourcenverwendung und einer differenzierten Ressourcenzuweisung. Das gilt vor allem für Schulen in herausfordernden Lagen.

Die soziale Spaltung wird reproduziert

Das Zwei-Säulen-System im Vergleich der drei Stadtstaaten

Jürgen Burger

Gleiches System – unterschiedliche Voraussetzungen

Seit 2010 gibt es in allen drei Stadtstaaten ein zweigliedriges Schulsystem, bestehend aus dem Gymnasium und einer zweiten Schulform, die in Bremen Oberschule, in Hamburg Stadtteilschule und in Berlin Integrierte Sekundarschule oder Gemeinschaftsschule heißt. In allen drei Ländern stehen die weiterführenden durch die »freie Schulwahl« untereinander in Konkurrenz. Allerdings differiert die Ausprägung des Zwei-Säulen-Systems aufgrund der unterschiedlichen Vorgeschichte: Während Bremen in den 1970er Jahren entsprechend der Empfehlung des Deutschen Bildungsrates nach internationalem Standard flächendeckend Schulzentren der Sekundarstufe I eingerichtet hatte, deren Abteilungen sich perspektivisch zu Gesamtschulen integrieren sollten, richteten Hamburg und Berlin Gesamtschulen mit eigener Oberstufe als vierte Schulform neben der traditionellen Dreigliedrigkeit aus Gymnasien, Real- und Hauptschulen ein.

In Bremen wurde die damals angekündigte flächendeckende Gesamtschule bekanntlich nie realisiert und stattdessen wurden in den 1990er Jahren acht isoliert Gymnasien in Bremen und eines in Bremerhaven restauriert. In Berlin und Hamburg expandierten die Gymnasien und die Gesamtschulen, während die Hauptschule sich immer mehr zur »Restschule« entwickelte. Seit Beginn der 2000er Jahre propagierten fast alle politischen Kräfte bis hin zum CDU-Bundesparteitag das Zwei-Säulen-System und von 2008 bis 2010 wurde dieses in den drei Stadtstaaten realisiert. In Hamburg hatten vorher noch die Grünen, unterstützt von Teilen der SPD, unter der Losung »Neun macht klug« versucht, ein gemeinsames Lernen bis zur neunten Klasse zu realisieren, aber sie wurden durch ein konservatives Volksbegehren gestoppt, das den Erhalt des Gymnasiums ab der fünften Klasse durchsetzte. Auch in Bremen begann das Gymnasium ab 2003 wieder mit der fünften Klasse, nachdem die Große Koalition, dem Beispiel Niedersachsens folgend, die Orientierungsstufe abgeschafft hatte. Berlin behielt dagegen die dort traditionelle sechsjährige Grundschule bei.

In Bremen gab es ab 2009 eine politische Deckelung der Zahl der Gymnasien und die Umwandlung aller bisherigen Schulzentren und Gesamtschulen in Oberschulen. Dabei wurde das vorher noch weitgehend vorhandene Stufensystem in der Stadtgemeinde Bremen demontiert und ein Viertel der Oberschulen erhielt eine aus einem Sek.-II-Zentrum herausgelöste oder neu aufgebaute Oberstufe. (Bremerhaven ging einen anderen Weg, der von der Evaluationskommmission nicht untersucht wurde.) Da die Gymnasialabteilungen der Sek.-I-Zentren in diesem Prozess abgeschafft wurden, hat sich die Zahl der »grundständigen« Gymnasialschüler*innen stark vermindert. Im Schuljahr 2017/18 besuchen im fünften Jahrgang 23,39% ein Gymnasium, während 2008 noch 43,4% ein isoliertes Gymnasium oder die Gymnasialabteilung eines Schulzentrums besuchten. Gleichwohl ist die Quote der Absolvent*innen mit Hochschulreife in Bremen und Berlin fast gleich hoch (2015 waren es 43,8% in Bremen und 44,7% in Berlin; Hamburg liegt mit 54,6% bundesweit an der Spitze). Wenn also die Bremer Kommission in ihrem Bericht formuliert, »in keinem anderen Bundesland erwirbt ein vergleichbar hoher Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten die allgemeine Hochschulreife an einer weiterführenden Schulform jenseits des allgemeinbildenden Gymnasiums«, so ist dies ein Resultat der spezifischen Vorgeschichte. Die grundlegende Schulreform von 1975 wirkt

2013: Eine 6,5 Kilometer lange Menschenkette durch Bremerhaven. Sie ist längste in der Bremer Bildungsgeschichte: 7000 Menschen demonstrieren für mehr Geld im Haushalt.

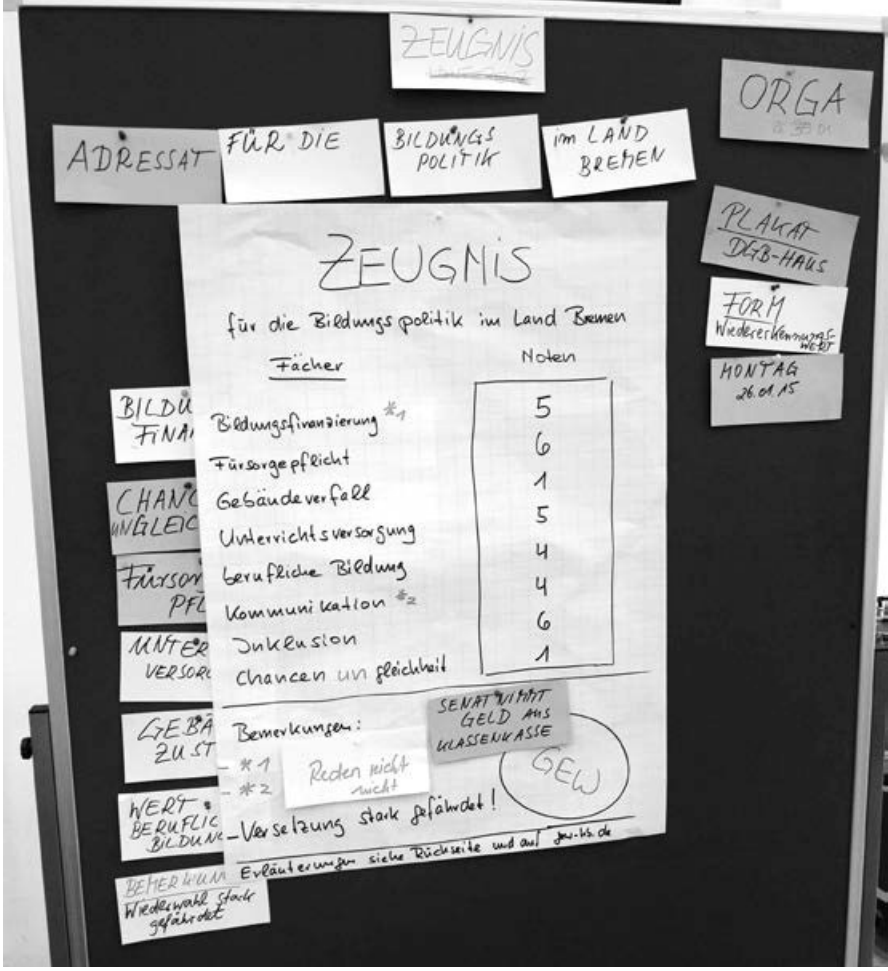
sich immer noch aus, da in den ehemaligen Schulzentren viele Gymnasialschüler*innen waren.

Die bisherigen Ergebnisse des »Bremer Schulfriedens« werden in diesem Heft ausführlich dargestellt und bewertet. Abschließend soll die Situation in den beiden anderen Stadtstaaten beleuchtet werden.

Hamburg:
Der Ansturm auf das Gymnasium
In Hamburg gibt es zwar in der vierten Klasse eine Schulempfehlung, aber die Eltern können die Schulformen Gymnasium und Stadtteilschule frei wählen. Im Juni 2016 verabschiedeten die Schulleitungen der Stadtteilschulen ein Positionspapier, in dem festgestellt wurde: »Das Ergebnis der Anmelderunde für die neuen fünften Klassen bestätigt den Trend der sozialen Segregation der Stadt. In diesem Jahr haben sich nur noch 42% aller Hamburger Schülerinnen und Schüler an der Stadtteilschule angemeldet. Setzt sich dieser seit Jahren andauernde Trend fort, … wäre das Zwei-Säulen-Modell gescheitert. Weder das Gymnasium noch die Stadtteilschule könnten ihren Bildungsauftrag erfüllen.«

Ebenso wie in Bremen wird die Aufgabe der Inklusion fast ausschließlich von den Stadtteilschulen und kaum von den Gymnasien wahrgenommen. Hierzu die Schulleitungen: »Heute blicken wir auf die Ergebnisse der Hamburger Bildungspolitik aus den letzten neun Jahren: Einem immer kleiner werdenden Teil der Hamburger Schülerinnen und Schüler, denjenigen, die sich selbst schon sehr anstrengen müssen, um ihre Bildungsnachteile aufholen zu können, werden die größten Herausforderungen unserer Zeit aufgebürdet. Diese 42% der Hamburger Schülerinnen und Schüler sollen dafür sorgen, auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und nun auch den allergrößten Teil der neu nach Hamburg zugewanderten Schülerinnen und Schüler zu integrieren.«

Als Konsequenz fordern die Schulleitungen »eine Schule für alle Schülerinnen und Schüler«. In Reaktion



2014: »Versetzung gefährdet«: Die Bildungssenatorin bekommt vom GEW-Gewerkschaftstag schlechte Noten.

auf diesen Alarmruf startete die Bildungsbehörde eine Imagekampagne unter dem Motto »Die Stadtteilschulen – Für alle die mehr wollen«. Es werden einzelne Schüler*innen abgebildet und ihnen Zitate in die Mund gelegt, wie »Ich will Hamburgs ersten Wolkenkratzer bauen. Und etwas großes schaffen« oder »Ich will das Abitur. Mit 1,4«. Im Februar 2018 vermeldete Senator Rabe im Hamburger Abendblatt »stark steigenden Schülerzahlen« für die Stadtteilschule. Es war der Behörde gelungen, den Gymnasialanteil von 58% auf 52% zu drücken. Dabei dürfte der abschreckende Umstand eine Rolle gespielt haben, dass über 900 Schüler*innen schon im sechsten Jahrgang das Gymnasium wieder verlassen, da sie dort keine Chance haben.

Die Redaktion der hlz, der Zeitschrift der GEW Hamburg, kommentierte die Image-Kampagne, wie folgt: »Wir erleben eine Einheitsschule an den zunehmend breiter werdenden Rändern der Gesellschaft. Das Gymnasium als alleinige Schulform in den Elbvororten und der Tendenz nach ähnlich segregiert im gesamten Speckgürtel, die Stadtteilschule entsprechend in den sozial abgehängten Gebieten nicht nur südlich der Elbe. Somit wurde die Hoffnung mancher, die das Zwei-Säulen-Modell von Anbeginn kritisch sahen, aber dennoch als ›Spatz in der Hand‹ in Sachen sozialem Ausgleich betrachteten, enttäuscht … Wir wissen dabei sehr wohl um die Schwierigkeiten, die sich auftürmen, wenn ein gerechteres Schulsystem durchgesetzt werden soll. … Es bleibt die Notwendigkeit, sich für ein Schulsystem einzusetzen, das ohne Ausgrenzung auskommt und in dem Vielfalt nicht als Belastung, sondern als Bereicherung angesehen wird.«

Berlin:
»Der Zusammenhang zwischen familiärer Herkunft und Kompetenzerwerb ist unverändert geblieben«
In Berlin hat eine Expertengruppe, die zum Teil mit der in Bremen personell identisch war, bereits zweimal,

2013 und 2017, die Auswirkungen des Zwei-Säulen-Systems untersucht. Die Befunde sind ähnlich wie in Bremen, obwohl es aufgrund der Vorgeschichte wichtige Unterschiede gibt: Die Aufteilung nach Schularten erfolgt erst nach der sechsten Klasse und der Anteil der Gymnasien ist weit höher als in Bremen. Von den Schüler*innen im siebten Jahrgang besuchten im Schuljahr 2017/18 46,5% das Gymnasium (Bremen im fünften Jahrgang 23,4%, s.o.). In ihrer Analyse der Fachleistungen schreibt die Kommission: »Der Zusammenhang zwischen familiärer Herkunft und Kompetenzerwerb ist unverändert geblieben.« Insgesamt sind die Leistungen »weitgehend stabil geblieben«.

Ähnlich wie in Bremen gibt es auch bei den Integrierten Stadtteilschulen bzw. den Gemeinschaftsschulen große Unterschiede, und hierbei spielt die Frage, ob sie eine eigene Oberstufe haben, eine große Rolle. Vor allem die ehemaligen Gesamtschulen, die ja eine eigene Oberstufe hatten, sind hier im Vorteil: »Zu der Gruppe der besonders benachteiligten Standorte gehören nach der Reform bis auf wenige Ausnahmen ISS ohne eigene Oberstufe, insbesondere umgegründete Hauptschulen.« Die spezifischen Fragen der Inklusion waren in Berlin nicht Teil des Untersuchungsauftrages.

Fazit:

Warum nicht »Eine Schule für Alle«?

Die externen Evaluationen aus Berlin und Bremen legen die Fakten offen: Die soziale Spaltung wird im Zwei-Säulen-System reproduziert. Und in Hamburg liegt dies noch offener zutage. Und dennoch steht in der Bremer Studie, die neue Schulstruktur sei »ein zukunftsfähiger und modernisierungsoffener Rahmen«. Die Berliner Zusammenfassung bescheinigt dem neuen System »strukturell günstige Voraussetzungen, um den Reformprozess fortzusetzen«.

In der Bildungsforschung ist allgemein bekannt, dass der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland besonders hoch ist. Und ebenso bekannt ist, dass das deutsche Schulsystem mit seiner frühen Aufteilung in Schularten international völlig isoliert dasteht. Warum also wird der naheliegende Zusammenhang zwischen diesen beiden Tatsachen in der Forschung so wenig untersucht und diskutiert? Fragt man nach, so erhält man oft die Antwort, die »Eine Schule für Alle« sei zwar das bessere System, aber zurzeit politisch nicht durchsetzbar. Also beschränkt man sich darauf, Reparaturen an einem nur beschränkt reparierbaren System vorzuschlagen. Das ist legitim, auch die GEW konzentriert sich in ihren kurzfristigen Forderungen auf solche Reparaturen. Aber warum attestieren die Bildungsforscher einem Schulsystem, das letztlich nur eine Modernisierung und Verschlankung der altdeutschen dreigliedrigen Schule ist, auch noch Zukunftsfähigkeit? Das bleibt ihr Geheimnis und das ihrer Auftraggeber.

Das angemessene Schulsystem für eine demokratische Gesellschaft, die Chancengleichheit herstellen will, bleibt die »Eine Schule für Alle«. Als echte Gemeinschaftsschule ist sie Lern- und Lebensraum für die Kinder und Jugendlichen des Stadtteils. Daher hat der Wohnort Priorität bei der Zulassung.

»Eine Schule für alle« als Leitgedanke

Die Situation in Bremerhaven

Bernd Winkelmann

Bernd Winkelmann

■ Es ist nun bald 18 Jahre her, dass die GEW das »gemeinsame Lernen in der ›Einen Schule für alle‹« als schulpolitischen Leitgedanken festschrieb. Seitdem ist in den Landesverbänden und den Bundesgremien viel über dessen Verwirklichung unter Bezug auf die tatsächlichen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern nachgedacht worden. Wenngleich »Eine Schule für alle« in keinem Gebiet der Bundesrepublik wirklich uneingeschränkt umgesetzt wurde und sich dies auch nirgendwo abzeichnet, gilt der Beschluss weiterhin und ist politisch richtig. Dieser Leitgedanke bleibt Maßstab für die Bewertung des Schulsystems.

Die Bremer Entscheidung von 2009

Das Land Bremen hat bekanntermaßen schulstrukturell einen anderen Weg gewählt. Für einen Moment erinnere man sich an die Selbstwahrnehmung der Landesregierung im Jahre 2009, als die damalige Senatorin Jürgens-Pieper in der Bürgerschaftsdebatte zum neuen Schulgesetz, das Neue Deutschland zitierend, von einer möglichen »Schulrevolution« sprach, die in Bremen beginne. Bezuggenommen wurde auf das »Zwei-Säulen-Modell« und den dieses Konzept absichernden »Schulfrieden«.

Man denke aber auch zurück an die damalige bildungspolitische Diskussion, die auf Grund der »PISA«-Ergebnisse in großer Aufregung geführt wurde. Anscheinend hatte man sich nicht vorstellen können, dass

- die Bundesrepublik im Weltmaßstab keine zufriedenstellenden Ergebnisse erreichen würde;
- in einer 16er Tabelle auch ein 16. Platz vergeben wird – keinesfalls an Bremen, dachten zumindest die Bremer*innen;
- die soziale Spaltung der Gesellschaft und der Beitrag des Bildungssystems nachgerechnet – und gerade Bremen mangelnde Gerechtigkeit bescheinigt wird!

Nun lässt die Landesregierung am Ende der zehnjährigen »Friedenszeit« die Entwicklung in den Schulen evaluieren, und neben vielen einzelnen Befunden hebt die hochkarätig besetzte Kommission an exponierter

Stelle hervor, dass Bildung in Bremen und Bremerhaven unterfinanziert und die soziale Lage unverändert erschreckend ist. Die nun nicht mehr wegzuschiebende Frage lautet: Kann durch »Zwei-Säulen« die ermittelte soziale Spaltung überhaupt aufgehoben werden?

Wirft man einen Blick in die Analysen, so bekommt man Zweifel, ob die Überwindung der so weit auseinander liegenden Lebensbedingungen tatsächlich geschehen soll. Neben der o.g. Kommission gibt die Bremer Fachgruppe Oberschulen eine dezidierte Übersicht über die Mängel in der Umsetzung des Schulgesetzes. In Bremerhaven veröffentlicht der Stadtverbandsvorstand seit einigen Jahren zu Schuljahresbeginn unter dem Titel »So sieht's aus!« eine gesammelte Rückmeldung aus den Schulen über die dort herrschenden Lern- und Arbeitsbedingungen. Übereinstimmend werden berechtigte Klagen geführt über zu wenige Pädagog*innen, mangelnde Vorbereitung der Reform, geringe materielle Ausstattung und fehlende Kohärenz von Räumen und moderner Pädagogik.

Diese Aussagen sind nicht neu, nur systematischer zusammengefasst. Die Ernüchterung bleibt – über die Situation und die politischen Entscheidungsträger. Statt Verantwortungsübernahme wird vielfach weiterhin der Eindruck erweckt, als würde sich die Schulentwicklung schon zurechtlaufen.

Der Stadtverbandsvorstand in Bremerhaven ist bei der Einführung der Schulentwicklungsplanung zu Beginn des Reformprozesses milde belächelt worden, als er 170 zusätzliche Stellen forderte, ungefähr zur Hälfte für die Umsetzung der Inklusion und zur anderen für Bildungsinitiativen in armen Stadtteilen. Dies geschah in einer Zeit, in der »Fachkräfte« zu haben waren. Eine vorausschauende Politik damals würde uns jetzt größere Chancen auf erfolgreiche Bildungsprozesse eröffnen. Die Fehlentscheidungen von Senatoren, Dezernenten und Parlamenten wirken heute nach.

Inklusion und »Eine Schule für Alle«

Mit dem neuerlichen Beschluss zur Inklusion beim Bundesgewerkschaftstag in Freiburg 2017 hat sich die GEW selbst verpflichtet, einen »Prozess der systematischen Weiterentwicklung eines gewerkschaftlichen Inklusionsverständnisses« zu initiieren. »Inklusion« ist ein Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung, mit dem Verwerfungen wie die soziale Spaltung angegriffen werden. »Eine Schule für alle« wäre dazu die schulpolitische Entsprechung.

Hier könnte der Ansatzpunkt für die Fortsetzung auch der bremischen Diskussion liegen. Geht man von einem entsprechenden Gesellschaftsbegriff aus, so wird deutlich, dass Schule allein keine Lösung erzielen wird. Schul-, Gesellschafts- und Sozialpolitik müssen vielmehr aufeinander bezogen werden, und die kompensatorische Funktion der Bildung ist realistisch zu bestimmen. Die Beantwortung der darin enthaltenen Systemfrage wird von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängen, die »Zwei-Säulen« jedenfalls haben keinen Fortschritt gebracht. Länder wie Berlin und Hamburg, welche die Wahlfreiheit zwischen den Säulen freigeben, zeigen nur den Weg in die Absicherung der Spaltung. Auf »Eine Schule für alle« laufen derartige Modelle nicht zu.

Soll aber eine inklusive Schule auf eine inklusive Gesellschaft vorbereiten, so sind die oben kritisierten Bedingungen zunächst grundlegend zu verbessern. Zudem ist der Sinn dafür zu schärfen, dass wir gerade eine gesellschaftspolitische Debatte führen, die durchaus an Grundfesten rüttelt und Selbstverständliches in Frage stellt. Die unzureichenden Bedingungen spielen denen in die Hände, die nach Überholtem rufen und Vorbehalten Raum verschaffen. Beides, die inklusive Schule und die inklusive Gesellschaft, wird somit Geld kosten. Man kann dazu auf das Ende des Sanierungspfades 2020 hoffen. Eine Bildungsgewerkschaft darf sich darauf nicht beschränken, sie wird weiterhin für angemessene Ausstattung kämpfen. Gleichzeitig jedoch muss sie den gesellschaftspolitischen Diskurs führen. Nur dieser schafft die Voraussetzungen für »Eine Schule für alle«.

2015: »Keine Leiharbeit«, »Keine Anstellung bei den Schulvereinen«: Die pädagogische Mitarbeiterin Irmgard Ostersehlte und ihre Kolleginnen und Kollegen übergeben der Senatorin mehrere Tausend Protestpostkarten.

Alter Wein in teuren Schläuchen

Evaluiert und dann?

Wilfried Meyer

■ Nichts Neues aus den Instituten DIPF und IQB. Von Lehrkräften ist in diesem Bericht nicht die Rede, diese wurden nicht einbezogen. Es handelt sich um Zahlen aus der Behörde, Meinungen von Schulaufsichten und Schulleitungen.

1. Beispiel: Mängel

»Kritisiert werden fehlende Kooperationszeiten und die als problematisch zu bewertende Verwendung sonderpädagogischer Ressourcen für die Vertretung von Unterricht. Hier bedarf es entsprechend eingehender Prüfungen des Ressourceneinsatzes.« Uralte Kritik an der Ausstattung sowohl allgemein als auch speziell in der Inklusion. Geprüft werden soll das wieder. Warum hat man das, nicht bei Einführung der Inklusion geprüft? Warum hat man nicht auf Lehrkräfte, Schulen, Personalrat und Gewerkschaft reagiert, die genau dies von Anfang an kritisiert haben? Durch das erneute Prüfen wird die Sau wieder nicht fett.

2. Beispiel: Fachkräftemangel

Unsere massive Kritik, die z.B. in Runden mit den Senatorinnen geäußerte wurde, an der Abschaffung diverser Studiengänge wie dem der Sonderpädagogik verhallten im Regierungswind, ungehört. Heute haben wir den Fachkräftemangel.

3. Beispiel: Testeritis/ Qualitätsinstitut

Angeblich wurde aus Tests von den Lehrkräften zu wenig gemacht. Und die Akzeptanz ist bei den Lehrkräften nicht erreicht. Ja, warum? Weil die Maßnahmen, die wir nach Auswertung von Tests vorschlugen, nicht durchgeführt wurden. Z.B., dass man die Zuweisungen an Personal und Ausstattung in Brennpunkten erhöhen muss. Und weil die Tests für einen großen Teil unserer Kinder gar nicht geeignet waren. Mehr Tests würden mehr aussagen, wenn man dann ein Institut hätte, welches sich hochtrabend Qualitätsinstitut nennen soll. Es gab »Offensive Bildungsstandards«, »Pakt der Bildungsoffensive« und »Kompetenzorientierung«. All das ist nicht geeignet gewesen die Qualität in irgendeiner Form zu steigern, weil es unverständlich ist oder auf einer Metaebene sprachlich benutzt wird, weil es en vogue ist, es hat aber mit der Unterrichtsrealität nichts zu tun.

Mal etwas machen!

Die Behörde mit gescholtenem Apparat, sollte seine erste Hausaufgabe machen und Ressourcen geben, Studiengänge im Eilverfahren einführen, damit man in drei bis vier Jahren wieder von Fachkräften sprechen kann. Im Übrigen ist der Apparat nur durch eine weitgehend untätige und unfähige Schulaufsicht mit den Schulen verbunden. Wie kann es sein, dass Brennpunktschulen wie z.B. im Bremer Westen seit ca. zehn Jahren im Verbund mit ZEB, Personalrat, Eltern und Lehrkräften auf Mängel hinweisen? Warum wurde nichts unternommen? Dafür braucht man auch nicht die Evaluation.

Löcher auf, Löcher zu

Jetzt von Qualität zu reden ist absurd, denn die qualitativen Löcher sind in den letzten zwei Jahren durch Abgänge älterer KollegInnen, nicht zur Verfügung stehender Absolventen von Uni und LIS, und durch den Einsatz nicht qualifizierter, noch nicht qualifizierter Personen gerissen worden. Nun steht SfKuB auf dem Schlauch und will die Alten wiederholen, aber zu Billiglöhnen. Da muss man sich schon als Rentner oder Pensionär überlegen, ob man die Löcher, die man immer heftig kritisiert hat, jetzt für wenig Geld auch noch selbst stopfen will. Das hätte schon etwas Absurdes, ja auch Pikantes. Und vielleicht Dummes, denn die Löcher wären nicht mehr gut zu sehen.

Regierung und Parteien, nicht Personen

Es ist die SPD, früher mit der CDU, jetzt mit den Grünen, die die Stadtteile, Straßen, Schulen… verkommen lassen hat, Studiengänge runterfuhr, den Schwimmunterricht verkauft hat… und einen Containerhaufen angerichtet hat bei KITA und Bildung, den wegzuräumen ein ganz großer Brocken wäre. Für die SPD würde nur ein sofort einzuleitendes Notprogramm in allen Bereichen Sinn machen. Damit würde die Misere endlich einmal anerkannt und nicht immer wieder schön geredet.

2016: Die Vorkurslehrkräfte machen Druck: Sie fordern nach einer Personalversammlung ihre feste Einstellung bei der Bildungsbehörde.

Der Evaluationsbericht gibt dafür nur ein paar alte Wiederholungen her und hilft der Behörde auch ein wenig aus der Patsche. Mit den vorhandenen Leuten aus Behörde und LIS sind nach meiner Meinung beim jetzigen Stand keine Blumentöpfe zu gewinnen. Dafür sind die Aufgaben zu gewaltig. Es zeigt sich jetzt, dass die Nichtwahrnehmung der Expertise aus den Schulen, von den dort Betroffenen, sich rächt.

Was sagen die Parteien?

Kommentare der bildungspolitischen Sprecher

■ Mustafa Güngör, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Grundsätzliche Bestätigung, aber weiterer Optimierungsbedarf: Das Bremer Bildungssystem ist zukunftsfähig. Daher wird empfohlen, die neu geschaffene Schulstruktur unbedingt beizubehalten. Die Einführung eines Zweisäulenmodells und die Inklusion sind bei Schulen und Eltern akzeptiert. Bei zwei zentralen Reformzielen – der Verbesserung der Leistungsfähigkeit und der Entkopplung des Schulerfolgs von sozialer Herkunft – sind wir allerdings hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben. Das hatten vorher schon die jüngsten IQB-Bildungstrends deutlich gemacht.

Um gegenzusteuern, haben wir bereits ein Maßnahmenbündel auf den Weg gebracht: Neben der Verstärkung der Sprachförderung und mehr Unterstützung für die inklusive Beschulung sind insbesondere für Schulen in schwieriger Lage zusätzliche Ressourcen vorgesehen. Damit sind wir auf dem richtigen Weg, das bestätigt auch die Expertenkommission. Erhebliche zusätzliche Mittel sind in den vergangenen Jahren in die Bereiche Kinder und Bildung geflossen. Im Vergleich zum vorherigen werden im aktuellen Doppelhaushalt 270 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt.

Klar ist: wir müssen darüber hinaus dringend zu den Bildungsausgaben der übrigen Stadtstaaten aufschließen! Auch der bundesweite Lehrkräftemangel bleibt eine Mammutaufgabe – trotz bereits umgesetzter Maßnahmen wie zusätzlicher Referendariatsplätze, besserer Seiteneinstiegsmöglichkeiten, der Fortführung des »Inklusions-Masters« und dem neuen Studiengang »Inklusive Pädagogik« für das Lehramt an Oberschulen und Gymnasien.

Mit dem Qualitätsinstitut IQHB werden wir, wie vom Expertenteam angeraten, die datenbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung verbessern. In diesem Zusammenhang sind nicht nur die Steuerungsfunktion der Behörde, sondern auch die Unterstützungs- und Kooperationsstrukturen im Schulsystem weiter auszubauen und transparenter zu gestalten! Bei allem, was noch zu tun bleibt: Die Evaluation ist eine Bestätigung des Schulkonsens'. Wir laden daher alle Parteien dazu ein, auf dieser Basis an der Optimierung unseres Bildungssystems weiterzuarbeiten!

Matthias Güldner, bildungspolitischer Sprecher der Grünen

Verlängerung der Schulreform und neue Impulse für deren Umsetzung:

Die Kernaussage des Berichts der ExpertInnen bezüglich der Schulstruktur ist glasklar: das Zwei-Säulen-Modell soll beibehalten, die neu eingeführte Oberschule weiter gestärkt werden. Dieses Urteil deckt sich mit allen Aussagen, die ich in den letzten Jahren in den Schulen dazu eingesammelt habe.

Damit ist unsere Arbeit aber keineswegs getan. Eine viel schwierigere Aufgabe ist das Ausfüllen der Struktur in Form von qualitativ guten Schulen, zufriedenen SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen. Hier gibt es im Bericht viele Hinweise, aber wenig präzise Handlungsanleitungen. Die Arbeit der Übersetzung der Thesen der ExpertInnen liegt jetzt bei der Bildungspolitik. Da wäre zum Beispiel die grundsätzlich getragene aber in der praktischen Umsetzung viel kritisierte Inklusion. Hier wird die Kommission auch mal konkret: eine ständige Arbeitsgruppe aus allen zentral und dezentral Verantwortlichen für die Inklusion (Behörde, ReBUZ, ZuP-Leitungen…) muss her, um endlich der wünschenswerten Vielfalt der Praxis in den Schulen einen sicheren und konzeptionellen Rahmen zu geben, auf den sich alle Beteiligten verlassen können. Es geht um die konkrete Umsetzung der Inklusion auf der Basis eines gemeinsamen pädagogischen, didaktischen und sozialen Verständnisses.

Wir müssen auch die Hinweise aufgreifen, dass das gemeinsame Lernen von ca 80% der SuS in einer weiterführenden Schulform nicht zur Verkleinerung der Abhängigkeit des Schulerfolges von der sozialen Herkunft geführt hat. Die soziale Schere klappt nicht von alleine durch die Existenz der Oberschulen zu. Teil des zukünftigen Schulkonsenses muss sein, dass die Schulen mit den schwierigsten SuS die besten Bedingungen zum Arbeiten brauchen. Mehr Ressourcen, starke Unterstützung, konzeptionelle Hilfe und solidarische Begleitung der LehrerInnen und der NUPs bei ihrer kräftezehrenden Arbeit.

Ich wünsche mir eine vertiefte Diskussion überall dort, wo an guter Schule gearbeitet wird. Die Erkenntnisse müssen am Ende weit über den vorliegenden Bericht hinausgehen, wenn es mehr als bisher voran gehen soll.

Kristina Vogt, bildungspolitischer Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Die Evaluationsstudie benennt sehr offen, woran es im Bremer Bildungssystem hapert:

1) Es fehlen Ressourcen, insbesondere die Inklusion ist unterausgestattet. Die Förderquote in der Zuweisungsrichtlinie ist zu niedrig angesetzt, den ZuP-Leitungen stehen zu wenig Entlastungsstunden zur Verfügung und die ReBUZ sind personell unterausgestattet. Eine hohe Bereitschaft zum inklusiven Unterricht an den Schulen wird durch die katastrophale Ausstattung kaputt gemacht. Nur massives Umsteuern in diesem Bereich wird die Inklusion zu einem Erfolgsmodell werden lassen.

2) An den Bremer Schulen wird soziale Ungleichheit eher verstärkt. Damit ist eines der wichtigsten Ziele der Schulreform nicht erreicht worden: die Oberschule sollte mehr Kinder aus benachteiligten Familien zum Bildungserfolg helfen. Es reicht nicht, lediglich die Schulstrukturen zu ändern. Schulen in sozialen Brennpunkten müssen gezielt mit zusätzlichen Mitteln und Personal ausgestattet werden, damit die notwendige Förderung gelingt. Es bedarf anderer Konzepte und Methoden. Vor allem für die gezielte

2017: Das Personal an Bremer Schulen ist sich einig: Wir haben kein Erkenntnisproblem. Das geplante Qualitätsinstitut lenkt nur vom Problem der Unterversorgung ab.

Sprachförderung besteht Handlungsbedarf.
3) Die Konkurrenz der Schulen in der Sekundarstufe I ist nicht zielführend. Das betrifft das Nebeneinander von Gymnasien und Oberschulen, aber auch den Wettbewerb zwischen Oberschulen mit und ohne Oberstufe. Vor allem die kleinen Oberschulen drohen zum Verlierer im System zu werden. Kleine Oberstufen bieten zudem weniger Profile an, durch Umberatungen scheitern einige Schüler*innen. Langfristig muss es das Ziel bleiben zu einer wirklichen Schule für alle zu kommen. Kurzfristig müssen klare Kooperationen zwischen Oberschulen mit und ohne Sekundarstufe II etabliert oder Oberstufenzentren reaktiviert werden, um an allen Schulen einen Weg zum Abitur aufzuzeigen.
Dies sind alles Punkte, auf die wir als LINKE immer wieder hingewiesen haben. Die Wissenschaft bestätigt unsere Kritik. Man darf jetzt keine Zeit mit weiteren Diskussionen verschwenden, sondern muss zügig in Personal, Räume und Ausstattung der Schulen investieren.

Julie Kohlrausch, bildungspolitische Sprecherin der FDP

Der Schulfrieden hat sein Ziel im Grundsatz nicht erreicht. Die Bremer Schülerinnen und Schüler schneiden nach wie vor in allen Bildungstests schlechter ab, als die Schülerinnen und Schüler in anderen Bundesländern. Insgesamt ist bei mir der Eindruck entstanden, dass die Koalition den Schulfrieden als Anlass genommen hat, sich auszuruhen, statt aktiv für eine bessere Qualität im Bremer Bildungswesen zu arbeiten. Um die Probleme der aktuellen Schulpolitik zu lösen, braucht es neue Ideen, mehr Geld und eine Rückbesinnung auf die grundlegenden Aufgaben der Schule.
Die Studie zeigt auch, dass unsere Forderung, nach der Fokussierung auf die Basiskompetenzen in der Grundschule elementar zur Qualitätssteigerung im Bildungsbereich beitragen wird. Alle Kinder, die die 4. Klasse verlassen, sollen die Grundlagen im Lesen, Schreiben und Rechnen erlernt haben. Wichtig ist, dass mehr Geld in die Schulbildung fließt. Gerade im Bereich des Personals und der räumlichen Ressourcen ist eine bessere Ausstattung unumgänglich. Darüber hinaus fordern wir mehr Doppelbesetzungen in Klassen und mehr Zeit für Kooperationen.
Dass Senatorin Bogedan sich dafür lobt, im Herbst 2017 auf die Bildungstrend-Ergebnisse reagiert zu haben, findet ich als ehemalige Schulleiterin beschämend. Unter Bogedan stagniert die Bildung unserer Kinder auf schlechtem Niveau. Nicht schlechter geworden zu sein, reicht anscheinend aus. Das zeigt, dass wir in Bremen dringend neue Impulse und Köpfe brauchen.

70 Jahre GEW

190 Jahre Bremer Lehrervereine

Teil 12

Gegen Personalabbau und bildungspolitische Stagnation

Die Bremer GEW von 1984 bis 1990

Jürgen Burger

■ Nach der Bürgerschaftswahl im Herbst 1983 kündigte der neue Bildungssenator Horst-Werner Franke auf der Personalversammlung der Bremer Schulen ein umfangreiches Stellenabbau- und Schulschließungsprogramm an. Begründet wurde dies mit einer Schülerzahlprognose, die bis 1992 einen Rückgang von ca. 91000 auf ca. 60000 vorhersagte. Diese Prognose war fehlerhaft. In Wirklichkeit betrug die Schülerzahl in der Stadtgemeinde Bremen 1992 ca. 80000. Außerdem stieg der Unterrichtsbedarf an den Berufsschulen erheblich durch die Zunahme schulischer Vollzeit-Ausbildungsgänge aufgrund des Lehrstellenmangels. Die Fehlprognose diente zur Legitimation einer Haushaltspolitik, die auf einen massiven Personalabbau im Öffentlichen Dienst abzielte, um mit diesem ungeeigneten Mittel der steigenden Verschuldung Bremens Herr zu werden. Aber die Schulden stiegen weiter, was in erster Linie durch Steuerausfälle und steigende Sozialausgaben aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit verursacht wurde.

Der Rotstift regiert

Der Personalabbau an den Schulen wurde durch einen langfristigen Einstellungsstopp und durch die Versetzung von Lehrkräften in außerschulische Arbeitsfelder realisiert (Museen, Universität, Bibliotheken, Weiterbildung). Aufgrund der Arbeitsbedingungen an den Schulen gab es viele Kolleg*innen, die diese Angebote gern annahmen. Damit gerieten sie in Konkurrenz zu den ca. 1000 arbeitslosen Lehrkräften, die dort in großer Zahl mit befristeten Verträgen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Honorarjobs und Werkverträgen beschäftigt waren. Ein weiterer Versuch der Bildungsbehörde das Personal in den Schulen zu reduzieren, bestand 1984 in der Ankündigung, alle Sozialpädagog*innen aus den Vorklassen und den Ganztags-Gesamtschulen abzuziehen und zum Senator für Soziales zu versetzen. Die erfolgreiche Kampagne der GEW gegen diese Abbaumaßnahme dauerte über ein Jahr.

Das umfangreiche Schulschließungsprogramm, das im März 1984 verkündet wurde, enthielt eine lange Listen von ca. 40 Standorten, die aufgegeben werden sollten. Da die Schüler*innenzahl nicht im erwarteten Ausmaß sank, wurde es nur zum Teil realisiert. Mehr als die Hälfte der Gebäude wird heute noch genutzt, insbesondere an den größeren Standorten (u.a. BBZ, Leibnizplatz, Vorkampsweg, Hemelinger Straße, Barkhof). Die Empörung bei Lehrkräften, Schüler*innen und Eltern über das Senatskonzept war groß, aber es kam zu keinen großen gemeinsamen Widerstandsaktionen. Vereinzelter Widerstand, wie die Besetzung des Gymnasiums an der Parsevalstraße, wurde ohne Ergebnis beendet. Die Gewerkschaften waren in der Defensive, nicht nur im Bildungsbereich. Dies war bei der Besetzung der AG-Weser-Werft im Herbst 1983 deutlich geworden, als ihre Schließung nicht verhindert werden konnte. Die GEW war stark an den Solidaritätsaktionen mit den streikenden Werftarbeitern beteiligt, ebenso wie 1984 an der internationalen Solidarität mit den streikenden britischen Bergarbeitern, die sich gegen die Schließungspläne der Thatcher-Regierung wehrten.

Ein neues Feld der Interessenvertretung waren die befristeten Verträge im außerschulischen Bereich und – im Rahmen eines Sonderprogramms für arbeitslose Jugendliche – auch im Schulbereich. Sie wurden durch das Angestelltenreferat im Landesvorstand betreut, das sich langsam professionalisierte. Zunächst umstritten waren in der GEW die neuen Projekte, die die arbeitslosen Lehrkräfte 1982/83 selbst organisiert hatten. Die Stadtteil-Schule organisierte Förderunterricht außerhalb der Schule und finanzierte sich aus Mitteln des Arbeitsamtes. Das Institut für Erwachsenenbildung (IFE) war eine selbstverwaltete Schule des zweiten Bildungsweges. Es wurde argumentiert, dass sie von der Forderung nach Neueinstellungen in den Schulen ablenkten. Aber nach längeren Debatten beschloss die Landesvertreterversammlung sie zu unterstützen. (Die Stadtteil-Schule e.V. war bis Ende der 90er Jahre ein gewerkschaftliches Selbsthilfeprojekt. Sie organisierte Förderunterricht außerhalb der Schulen. Danach wurde sie vom damaligen Vereinsvorstand zu einer Leiharbeits-Agentur der Bildungsbehörde umgewandelt. Das IFE wurde 1992 in die Erwachsenenschule integriert.)

Die GEW in den sozialen Bewegungen

Bedeutend stärker als in den vergangenen Jahrzehnten war die GEW in den 1980er Jahren in die gesell-

Lehrkräfte verweigern den Kriegsdienst, Mai 1981

Streik für Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst in der Tarifrunde 1988. Angestellte Lehrkräfte blockieren den Eingang der Gesamtschule West

schaftspolitischen Auseinandersetzungen eingebunden. Die Bremer GEW war aktiver Teil der Friedensbewegung, die sich 1981 gegen die Kalter-Kriegs-Rhetorik des US-Präsidenten Reagan und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Deutschland entwickelte. Auf Initiative von Kollegen des Gymnasiums Horn, die »gedient« hatten, wurde Anfang 1981 die Aktion »Wir sind zum Kriegsdienst nicht mehr bereit« gestartet, die ihren Höhepunkt am 22. Mai mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz fand, auf der Wehrpässe eingesammelt wurden. GEW-Mitglieder waren in den folgenden Jahren nicht nur an den vielen Aktionen gegen die Raketenstationierung beteiligt, sondern organisierten an ihren Schulen auch Friedenswochen und konzipierten Unterrichtseinheiten.

Einen weiteren neuen Platz nahm die Frauenbewegung in der GEW ein, die sich in den 1970er Jahren mit der Kritik an der Dominanz der Männer in der Studentenbewegung und den Aktionen gegen den § 218 entwickelt hatte. 1981 wurde in der Bremer GEW ein »Ausschuss für Frauenfragen« gegründet, der Themen wie Mutterschutz, Teilzeitarbeit und Diskriminierung am Arbeitsplatz zum Thema machte. Für Aufregung sorgte 1985 der Beschluss der Landesvertreterversammlung, in der Satzung die Funktionen in der weiblichen Form zu benennen, mit dem Verweis, dass mit der weiblichen Form stets auch die männlichen Kollegen gemeint seien. Es gab empörte Leserbriefe einiger Kollegen. (Diese Formulierung galt bis 2009 und wurde dann durch das große »I« ersetzt.) Wichtige Arbeitsbereiche des Frauenausschusses waren Ende der 1980er Jahre das Landesgleichstellungsgesetz und die Koedukation.

Zum dritten spiegelte sich das Anwachsen der Anti-AKW-Bewegung stark in der GEW wieder. Dabei gab es heftige Debatten, da viele DKP- und SPD-Mitglieder das Gefahrenpotenzial und die Entsorgungsprobleme unterschätzten. Außerdem führten die DGB-Gremien die Arbeitsplätze der dort Beschäftigten als Argument an. 1981 weigerte sich der Landeshauptausschuss der Bremer GEW, zur Anti-AKW-Demonstration in Brokdorf aufzurufen, da es innerhalb der Gewerkschaft zu gegensätzliche Standpunkte gebe. Erst 1986, nach der Katastrophe in Tschernobyl, forderte die Bremer GEW den Sofortausstieg.

Und schließlich spielte auch die internationale Solidarität eine neue Rolle in der GEW. Dabei stand Nicaragua, das Land der sandinistischen Revolution, im Mittelpunkt. Nach Kontaktaufnahme mit der Gewerkschaft ANDEN wurde beschlossen, 1986 eine Arbeitsbrigade nach Corinto zu schicken, die dort eine Schule instand setzte. Außerdem wurde ein Container mit Spenden dorthin geschickt. Auch das Themenspektrum der BLZ erweiterte sich, es gab Artikel über Chile, Südafrika, El Salvador, Mexiko und Palästina.

Neue Schulreform-Initiativen

Der Schulentwicklungsplan von 1984 sah nicht nur Personalabbau und Schulschließungen vor, er war auch eine Absage an eine schnelle Integration der Sekundarstufe I auf Basis des Schulgesetzes von 1975. Stattdessen sah er auf lange Sicht große Schulzentren vor, in denen nach der Orientierungsstufe mindestens zweizügige Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialabteilungen vorgehalten wurden. Im Grundschulbereich setzte dagegen in den 1980er Jahren eine umfangreiche Reformdiskussion ein. Themen waren dabei die Integration der Ausländerkinder und von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die Berücksichtigung individueller Lernausgangslagen, der »Offene Unterricht« und die Grundschule ohne Zensuren. Nach einer großen Grundschultagung 1986 gelang es, die Anerkennung von Lernentwicklungsberichten durchzusetzen.

In der Sekundarstufe I entwickelten sich mit der »Bürgerinitiative Gesamtschule Mitte« und der »Bürgerinitiative Gesamtschule Neustadt« Bewegungen, die der verordneten schulpolitischen Stagnation entgegentraten. In den Schulzentren

wurde die Orientierungsstufe zur »Sortierungsstufe« und in einigen Kollegien begann die Suche nach Alternativen. Die GEW veranstaltete 1987 die »Sek.-I-Tage« als Diskussionsforum. Insbesondere die Hartnäckigkeit der beiden Bürgerinitiativen führte nach vielen Verzögerungen zum Erfolg: 1989 konnte die Gesamtschule Mitte mit der Arbeit beginnen.

Im Kampf um Arbeitszeitverkürzung

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit stellte sich nicht nur für die GEW, sondern für alle Gewerkschaften die Frage nach einer Strategie zur »Umverteilung der Arbeit«. Führend war dabei die IG Metall, die ab 1983 eine umfangreiche Kampagne für die 35-Stunden-Woche entwickelte. 1984 gelang es ihr in der Tarifrunde, die 38,5-Stunden-Woche durchzusetzen. Die ÖTV schloss sich an, konnte aber nur zwei freie Tage für den Öffentlichen Dienst erreichen. Erst in der Tarifrunde 1988 setzte sie die 38,5-Stunden-Woche durch. Die GEW Bremen war an acht Schulen mit den Lehrkräften im Angestelltenverhältnis an den Warnstreiks beteiligt gewesen. Nun forderte sie die Übertragung der Arbeitszeitverkürzung auf die Unterrichtsverpflichtung. Dabei war das Klima in den GEW-Gremien dadurch belastet, dass sich die Befürworter eines Streiks aller Lehrkräfte für diese Forderung und die Skeptiker, die eine mangelnde Mobilisierung der Beamten befürchteten, zunehmend mit Misstrauen und Vorwürfen begegneten.

Im Oktober 1988 organisierte der Hamburger Landesverband einen ganztägigen Streik für eine Pflichtstundenreduzierung. Hierdurch ermutigt beschloss die Bremer Landesvertrterversammlung ebenfalls die Vorbereitung eines eintägigen Streiks. Die folgende Urabstimmung war ein Erfolg: Bei einer Beteiligung von 90% stimmten 82% für einen Streik mit der Forderung: »Eine Stunde weniger – 200 Neueinstellungen«. Am 23. Februar demonstrierten 5000 Lehrkräfte durch die Stadt. Das Echo war überwiegend positiv und der Senat reagierte: Es wurde eine Stundenreduzierung von 27 auf 26 für die Primarstufe versprochen. Dies löste in den Schulzentren, die den Streik überwiegend getragen hatten, Empörung aus. Der Landesvorsitzende Reiner Baltschun forderte einen weiteren zweitägigen Streik. Als eine a.o. LVV am 25. April in Anbetracht des Kräfteverhältnisses Bedenken anmeldete, trat er zurück. Die übrigen Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses organisierten eine Befragung der Betriebsgruppen, die keine ausreichende Basis für eine solche Aktion erbrachte. Die erreichte Absenkung der Pflichtstundenzahl für die ca. 1000 Primarstufen-Lehrkräfte war für lange Zeit der letzte Teilerfolg im Kampf um Arbeitszeitverkürzung.

0,– Euro Bezügekonto[2] der „Besten Bank“

[1] Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied
[2] Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.

- ✔ Bundesweit kostenfrei Geld abheben an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner
- ✔ Einfacher Kontowechsel – in nur 8 Minuten
- ✔ Ausgezeichnete und zertifizierte Beratung im Abgleich mit der DIN SPEC 77222
- ✔ Vorteile für GEW-Mitglieder
  - 50 Euro Startguthaben[1]
  - Kostenfreie Kreditkarte VISA ClassicCard zum Bezügekonto

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

Jetzt informieren:

BBBank eG
Hutfilterstr. 16-18, 28195 Bremen
Tel.: 0421-36569370
E-Mail: filiale.355@bbbank.de
Internet: www.bbbank.de/gew

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

■ Dies ist der erste Teil einer Serie mit dem Schwerpunkt Neoliberalismus in der Bildung. Zum Einstieg wird der Begriff selbst rekapituliert. In den folgenden Teilen soll es dann, unter Beteiligung wechselnder Autorinnen und Autoren, um das Schulwesen, die Universitäten, Privatisierung, das Fach Wirtschaft und ähnliche Phänomene im Kontext neoliberaler Politik gehen.

Das Gespenst des Neoliberalismus

Eine Geisterjagd in mehreren Teilen

Werner Pfau

Karriere eines Begriffs

Der Begriff »neoliberal« ist zur Phrase geworden – und dies zu konstatieren, ebenfalls. Kein Artikel, der nicht mit dieser Feststellung begänne. Trotz mittlerweile inflationären Gebrauchs ist eine grobe inhaltliche Tendenz nicht zu übersehen: Wer neoliberal sagt, meint die verbreitete politische Auffassung, wonach erstens der Markt eine großartige Regelungsinstanz für allerlei gesellschaftliche Belange – allen voran: die Güterversorgung, Allokation von Ressourcen u.ä. – sei. Wo gleichwohl Arbeitslosigkeit, Armut oder andere unerfreuliche Lebenslagen auftreten, kann dies zweitens nur an einer Missachtung von Marktgesetzen durch Staat oder Gesellschaft liegen. Als Universalrezept wird drittens der Rückzug des Staates aus sozialstaatlichen oder anderweitig den Markt beeinflussenden Positionen postuliert. Bislang staatlich betriebene Institutionen sollten privatisiert, staatliche Vorgaben abgebaut, also dereguliert werden. Selbst dort, wo der Staat noch als Betreiber auftritt, wird die Einführung von Konkurrenz und finanzieller (Schein-)Selbständigkeit gefordert. Gewerkschaften sind in neoliberaler Optik ein Abgrund von wirtschaftsfeindlicher Regulierung und müssen daher in ihrem Einfluss gebrochen oder, eleganter, mithilfe unsichtbarer parteipolitischer Bande(n) auf sozialfriedlichen Kurs gebracht werden. Wo die Durchführung entsprechender Maßnahmen, euphemistisch »Reformen« genannt, zu einer Steigerung unerfreulicher Lebenslagen wie Armut oder Arbeitslosigkeit, führt, ist das viertens nur Index für noch nicht weit genug getriebenen Umbau. Denn dass die genannten Phänomene aus einer Marktlogik erwachsen, ist ja durch die erste Prämisse ausgeschlossen – also: Gehe zurück auf Los!

Abwehrstrategien

Gerade durch letztere Wendung wappnet sich neoliberale Ideologie hermetisch gegen den Abgleich mit Erfahrung. Zwar sind bürokratische Apparate nicht zwingend die bessere Alternative zu Formen privater Gewinnerwirtschaftung. Aber mit Privatisierung treten oftmals die gleichen oder zumindest andere Übel auf. Man denke an die Privatisierung der Bahn in England, worüber etwa der Film The Navigators von Ken Loach Auskunft gibt – von der deutschen Variante ganz zu schweigen – an die Privatisierung des Wassers in Ländern des Südens, die ebenfalls gut dokumentiert ist. Was die Deregulierung des Arbeitsmarktes betrifft, so können viele in den Gewerkschaften ein Liedchen davon singen: Zehntausende Prekarisierter stehen zwar nicht wirklich auf eigenen Beinen, leben mit Mangel und Existenzangst, fallen aber auch dem Staat nicht mehr »zur Last« – dann war das wohl der Zweck der Übung, also jener Gesetze, die nach einem mittlerweile vorbestraften VW-Arbeitsdirektor benannt sind. Staatliche Budgets müssen nicht mehr dafür in Anspruch genommen werden, wobei die Frage sich stellt, aus welchen Quellen diese sich eigentlich gefüllt hatten. Wie dem auch sei, in der zirkulären Logik des Neoliberalismus zeigt dies alles nur: Es herrscht immer noch zu wenig Marktwirtschaft.

Lob des Marktes …

Die Geschichte der Wirtschaftstheorie nennt Ökonomen wie den Österreicher Friedrich von Hayek (1899 – 1992) als Ideengeber des Neoliberalismus, für die USA Milton Friedman (1912 - 2006) mit seinen »Chicago Boys«. Die Debatte um Wirkung und Funktion des Marktes ist indes so alt wie das Fach selbst, das mit dem Aufkommen frühkapitalistischer Zustände im 18. Jahrhundert seinen historischen Aufschwung erfuhr. Kein geringerer als Adam Smith prägte ja die Formulierung von der »unsichtbaren Hand des Marktes« und versuchte zu zeigen, wie der Wohlstand im sich industrialisierenden England wuchs, ohne dass irgendeines der beteiligten ökonomischen Subjekte sich dies zum Ziel gesetzt hatte. Im Gegenteil, jedem ging es nur um den eigenen Vorteil, ein allgemeines Anwachsen war gleichwohl die Folge, was Smith der bewusstlosen Koordinationsleistung des dadurch zum höchsten ökonomischen Subjekt erhobenen Marktes zuschrieb.

… und Kritik desselben

Marx, der Smith in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts intensiv studiert, tut dies übrigens keineswegs als bloße Ideologie ab: Der Markt – bzw. der kapitalistische Akkumulations- und Zirkulationsprozess – wirkt tatsächlich wie ein eigenes Subjekt; ob der gesellschaftliche Reichtum gewachsen ist und wie er sich verteilt, kommt erst im Nachhinein heraus, wenn die vielen in privater Konkurrenz produzierten Waren durch den Schmelztiegel der Zirkulation gegangen sind, Bilanz gezogen, Kredit (nicht) bezahlt wurde u.s.w. Faktisch nur aus lauter zielgerichteten Handlungen menschlicher Subjekte bestehend, führt das Marktgeschehen »ex post«, nachdem alle Händel einer Zeiteinheit abgeschlossen sind, zu Ergebnissen, Verlusten und Gewinnen, die kein menschlicher Verstand so vorhersehen konnte. Handelt es sich beim Markt also um eine Verselbständigung gegenüber seinen menschlichen Akteuren, so zeitigt dies auch für Marx zunächst historisch nützliche Effekte: Etwa die Erweiterung der technologischen Möglichkeiten, das Anwachsen der berühmten Produktivkräfte, die gesteigerte Arbeitsteilung und -produktivität. Sie zeigt aber im weiteren Verlauf ebenso ihre Kehrseite: Wieso etwa für ein und dieselbe Tätigkeit verschiedene Lohnhöhen existierten – was mit dem angeblich herrschenden Tauschprinzip nicht zusammenstimmt – und weshalb Unternehmen die Löhne nach Möglichkeit drücken wollten – das roch doch mehr nach einem handfesten Interessengegensatz als nach

Sprechende Jalousie in Bremen Foto: Wilfried Meyer

rationaler Preisfestsetzung durch ein Wesen namens »Markt«. Dessen »Rationalität« orientierte sich erkennbar am Ziel der Gewinnsteigerung, und diesem hatte sich alles andere unterzuordnen. Ihre Fragwürdigkeit enthüllt sich im Zyklus von Konjunktur und Krise, welche für Marx aus dem Zweck des Marktes, dem schrankenlosen Wachstumszwang, resultiert, der regelmäßig an die Grenzen seiner eigenen Wachstumspotenzen stößt. Unverkäufliche Waren, stillgelegte Produktion und brachliegende Arbeitskraft bezeugen die Irrationalität eines Systems, das den Naturzwang überwindet, nur um dann aus eigenen Schranken heraus wirtschaftliche Not zu produzieren – Not, die durch planendes Eingreifen des menschlichen Verstandes vermeidbar wäre. Bis zu diesem Punkt zumindest folgten auch sozialdemokratische Parteien Marx' Diagnose und gaben ein paar Jahrzehnte lang die Losung aus, der Markt sei, wenn schon nicht abzuschaffen, dann zumindest demokratischer Kontrolle und Steuerung zu unterwerfen.

Der Neoliberalismus

Auf die akademische Bühne tritt der modernen Neoliberalismus in den Dreißiger Jahren, wo sich in London Friedrich von Hajek als wissenschaftlicher Gegenspieler von Maynard Keynes in Stellung bringt. Keynes Name steht – ob zu recht oder unrecht – für die theoretische Legitimation jener Politik des deficit spending, mit der Roosevelt auf die Wirtschaftskrise von 1929 reagiert. Hajek entwickelt in diesem Kontext die zentrale Denkfigur neoliberaler Wirtschaftstheorie: Die Krise sei Folge staatlicher Eingriffe und daher nicht durch solche zu beheben. Das Verhältnis wird also umgedreht: Nicht wegen krisenhafter Entwicklungen müsse der Staat einschreiten, sondern umgekehrt. Alles Übel komme von staatlicher Einmischung, woraus das ewige Ziel der Wirtschaftspolitik erwächst, die Freiheit des Marktes, vor allem gegenüber politischen und gesellschaftlichen Ansprüchen, zu sichern. Dabei darf der »schlanke Staat« dann durchaus robust zu Werke gehen. In diesem Sinne war Hajek in den Fünfzigern auch ein expliziter Gegner des Begriffs »Soziale Marktwirtschaft«, schien ihm darin doch zu viel Verpflichtendes zu liegen. Die praktische Stunde der Neoliberalen schlägt in den Siebzigern: Zuerst dürfen Friedmans »Jungs« aus Chicago sich auf der blutigen Spielwiese der chilenischen Diktatur austoben – ohne lästige Störungen durch Arbeiterparteien oder Gewerkschaften. Anfang der Achtziger lässt sich Margret Thatcher durch Hajek beraten. Auch Reagan werden Sympathien für seine Ideen nachgesagt. Doch gerade das amerikanische Beispiel hält eine grundsätzliche Lektion zum Thema bereit: Waren die neoliberalen Direktiven politisch opportun, wenn es galt, Gewerkschaften und sozialstaatliche Strukturen zu zerschlagen, wurden sie bei veränderter Interessenlage auch wieder in den Wind geschlagen. So fand unter Reagan eine gigantische Schuldenaufnahme statt, finanziert aus internationalem anlagesuchenden Kapital, die direkt in den militärisch-industriellen Komplex floss, um die UdSSR mit SDI u.a. tot zu rüsten. Fraglich, ob dies der reinen Lehre ökonomischer staatlicher Askese entsprach.

Neoliberalismus als Berufungsinstanz

Am Ende war die Berufung auf den Neoliberalismus doch eher ideologische Begleitmusik als wirklicher Grund der Politik. Sie passte zum Niedergang des Akkumulationsmodells, das in der Zeit des Aufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Systemkonkurrenz mit dem Osten, dominierte. Es brachte zeitweise Vollbeschäftigung und Massenkonsum, doch schließlich traten wieder die unausweichlichen Schranken des Wachstums (siehe oben!) auf den Plan. Das Absterben traditioneller Industrien und der aufhaltsame Aufstieg des Finanzsektors in den Siebzigern sind Symptome, wie auch die Entkopplung von Wachstum und Vollbeschäftigung unter den Auspizien eines globalisierten Weltmarkts. Neoliberales Gedankengut eignet sich nunmehr als wissenschaftliche Legitimation für eine aggressive Standortpolitik, die den ökonomischen Großmachtstatus Großbritanniens und der USA retten will, indem sie sich sozialer (Un-)Kosten entledigt. Später lässt sich auch Rot-Grün in Deutschland beeindrucken, inspiriert durch den aus Erbgut von Thatcher geklonten Tony Blair. Und es hebt an ein Zeitalter der »Reformen«. Davon mehr in den nächsten Teilen.

Wie weiter mit der U-50-Stunde?

Warum die Sichtweise der Bildungsbehörde unsportlich ist

Gerd Rethmeier

Gerd Rethmeier

■ An sich ist die Sache sehr einfach: Am 8. Mai 2003 wurde mit Wirkung zum folgenden 1. August verordnet, dass unter 50-Jährige für die Dauer von zwei Jahren zusätzlich eine Unterrichtsstunde mehr zu unterrichten haben, bei Teilzeit die Hälfte. Nach § 3 der Verordnung sollte diese Mehrarbeit auf Unterrichtskonten festgehalten werden, wobei ein Ausgleich im Rahmen einer Altersermäßigung erfolgen sollte.

Vorleistung

Mit anderen Worten, es wird vorgeleistet und zu einem späteren Zeitpunkt zurückgegeben. Diese Sichtweise ergibt sich auch aus der Verfügung Nr. 37/2003 vom 30. Juni 2003 des Senators für Bildung und Wissenschaft, die den Schulleitungen der Stadtgemeinde Bremen aufgibt diese Unterrichtskonten zu führen und zum Ende eines jeden Schulhalbjahres gegenüber der Behörde diejenigen Lehrkräfte zu benennen, die eine bzw. eine halbe Unterrichtsstunde zusätzlich unterrichtet haben.

Unfaire Sichtweise

Nunmehr argumentiert die Behörde, dass niemals angedacht gewesen sei, individuell Stunden zurückzugeben, sondern es nur darum gegangen sei, die Unterrichtsermäßigung aus Altersgründen in der damaligen Form zu halten. Dies bedeutet, solange es diese Unterrichtsermäßigung gibt ist die Behörde quitt mit denjenigen, die Mehrarbeit geleistet haben. Dies ist eine mehr als unsportliche Sichtweise.

Absichtserklärung

Im November 2002 fanden die abschließenden Gespräche zwischen der GEW und dem Senat, vertreten durch die Staatsräte über die Gewährung einer Angestelltenzulage statt. Dabei formulierten die Staatsräte zu unserem Punkt, dass der Senat beabsichtige, zum Ausgleich der Mehrarbeit auf eine Anpassung der Unterrichtsermäßigung an den Länderdurchschnitt zu verzichten. Das ist nicht mehr als eine Absichtserklärung des Senats, der aber nach § 6 des Lehrerarbeitszeit-Aufteilungsgesetzes keine Kompetenz hat, solches zu verordnen. Dies konnte nur der damalige Senator für Bildung, der diese Position nicht übernommen hat. Entsprechend steht in der oben zitierten Verordnung vom 8. Mai 2003 nichts von einer solchen Absicht.

Verschlissenes Argument

Das Staatsräte-Argument, auf das sich die Bildungsbehörde nunmehr beruft, ist allerdings auch verschlissen: Es mag im Jahr 2003 anders gewesen sein, inzwischen gibt es aber nur fünf weitere Bundesländer, die eine vergleichsweise schlechte Regelung wie Bremen zur Unterrichtsermäßigung aus Altersgründen haben, zehn Bundesländer haben bessere Regelungen. Es kann also keine Rede davon sein, dass die Mehrarbeit der Kolleginnen und Kollegen dazu führte, die Verordnung zur Unterrichtsermäßigung nicht auf das Niveau der anderen Bundesländer abzusenken, da das Niveau höher ist.

Wir sind dabei, diese Problematik vor das Arbeits- und Verwaltungsgericht zu bringen. Wir werden weiter informieren.

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden. Viele gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

Arbeitskreis Grundschule

Treffen vom 12. März

■ Auch im März traf sich der Arbeitskreis zum Austausch. Die neuesten Verlautbarungen/Zusagen der Behörde in Bezug auf »temporäre Fördergruppen« und Stundenzuweisungen wurden besprochen, bzw. aus den Schulen berichtet. Die Organisation der »temporären Fördergruppen« ist den Schulen überlassen, es gibt verschiedene Ansätze z.B. sechs Kinder zusammenzufassen in bis zu vier Stunden. Eine Pilotschule berichtete. Was allerdings scharf kritisiert wird ist, wenn diese Gruppen dann Referendaren ohne Erfahrung übergeben werden sollen. Die Stundenzuweisungen an Schulen in sogenannten »belasteten Lagen« scheitern wohl bisher an mangelnden Fachkräften, handelt es sich doch bei Vierzügigkeit um mindestens eine neue Lehrkraft, hier wird auf Maßnahmen der Behörde gewartet. Die von der Senatorin bekanntgewordene Mail an Behördenmitarbeiter wegen Ganztagsproblemen an der GS Fischerhuder Straße wird als Eröffnung des Wahlkampfs interpretiert. Die GEW-FG möchte diese zu einem weiteren Gespräch nach jetzt zwei Jahren im Juni einladen, um sie zu bisher nicht gelösten Problemen zu befragen. Zu Kompolei herrschte etwas Wirrwarr, da weder GEW noch Grundschulverband über den Fortgang mit Interviews informiert waren. Wir haben aber einen Aufruf beschlossen, sich zu beteiligen. Für Mai/Juni haben wir ein Tages-Seminar auf dem Plan, Infos folgen, Nachfragen bitte an die Geschäftsstelle.

Arbeitskreis Frauen

Maike Rullkötter stellt sich vor

■ Mein Name ist Maike Rullkötter. Ich bin Grundschullehrerin in Elternzeit mit Teilzeit an der Ganztagsgrundschule am Pulverberg im Bremer Westen. Vor etwas über einem Jahr erhielt ich vom Arbeitskreis Frauen eine Einladung zum Thema »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« – keineswegs ein alleiniges Frauenthema, aber ein brandheißes in der aktuellen Schulsituation, sowohl für Väter und Mütter, als auch für pflegende Angehörige.
Von den sehr unterschiedlichen Frauen des Arbeitskreises war ich sehr beeindruckt – war mein Bild der GEW bis dahin doch eher klischeebehaftet. In vielen der angesprochenen Themen fand ich mich wieder »Spagat zwischen Beruf und Familie, Überforderung durch ständig neue Aufgaben durch den Fachkräftemangel an der Schule, Hineingedrücktfühlen in tradierte Werte- und Rollenvorstellungen, Infragestellen der eigenen Möglichkeiten zur Veränderung«

Vieles hat der Arbeitskreis inzwischen auf die Beine gestellt:

- Ein Antrag auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde am Gewerkschaftstag 2017 gestellt
- Unterstützung von Frauen in verschiedenen Gremien
- Netzwerke zwischen den verschiedenen Berufsfeldern an Schule wurden gebaut
- Es findet eine gute Zusammenarbeit mit der Frauenbeauftragten und dem Geschäftsführenden Landesvorstand (GLV) statt

Inzwischen bin ich regelmäßiges und aktives Mitglied in der GEW. Ich engagiere mich im Landesvorstand und im Arbeitskreis Frauen. Zusammen mit Dorothea Schulz vom PR Bremerhaven baue ich derzeit das Frauenreferat auf. Wir möchten uns in enger Vernetzung mit dem Arbeitskreis, der Frauenbeauftragten und dem GLV für Frauen im Bereich Schule, Kindergarten, Uni und LIS engagieren.

Unsere Ziele sind:
den Antrag auf eine verbindliche Dienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter voranzutreiben, Frauen zur Übernahme von Funktionsstellen zu ermutigen, Kontakte zu anderen Gewerkschaften zu pflegen, ein breites und möglichst bundesweites Netzwerk zu etablieren, am Image der GEW- besonders in frauenpolitischer Sicht – zu arbeiten sowie Ansprechpartnerinnen in frauen- und familienspezifischen Belangen zu sein.

Ich freue mich über weitere Impulse und Ideen und möchte im Namen des Arbeitskreises Frauen zum nächsten Treffen am 14. Mai von 17-19 Uhr im GEW-Geschäftsstelle einladen. (Kinderbetreuung, wenn gewünscht.)

Maike Rullkötter

Kickender Cyborg trifft auf sprechenden Hamster

Der Bremer Schulhausroman läuft wieder vom Stapel

Heike Müller & Ian Watson

■ Zwei Schulklassen setzen zum Endspurt an und bereiten sich derzeit mit einem Lesetraining auf ihre große Buchpremiere am 12. Juni in der Zentralbibliothek vor. Hinter den Schülerinnen und Schülern liegt viel Arbeit, denn sie haben zum ersten Mal einen eigenen Roman geschrieben – und zwar alle gemeinsam. Ein ganzes Schuljahr wurden sie dabei von professionellen Autoren unterstützt, dem Slam Poeten Bas Böttcher und der Krimiautorin Alexa Stein.

Die Schülerinnen und Schüler des neunten Jahrgangs von der Oberschule an der Schaumburger Straße (Lehrerin: Aynur Turan; begleitender Autor: Bas Böttcher) erzählen in ihrer Novelle »Im Abseits« von dem Wissenschaftler Dr. Wolfgang, der ein junges Fußballtalent in einen gefühllosen Cyborg verwandelt. Doch eine mutige Clique von Jugendlichen kommt dem grausamen Doktor auf die Spur…

Die Klasse 8c der Oberschule In den Sandwehen (Lehrerin: Anne Mai Chau; begleitende Autorin: Alexa Stein) schreibt im Roman »Das große Abenteuer« mit Bob und seinen Freunden über eine spannende Schatzsuche, bei der vier Freunde mit der Hilfe von Bob, dem sprechenden Hamster, die Pläne des bösen Hausmeisters Fork durchkreuzen.

Beide Romane werden Anfang Juni im Bremer Schünemann-Verlag erscheinen und sind im Buchhandel erhältlich. Mehr über das Projekt Bremer Schulhausroman ist unter www.schulhausroman-bremen.de zu lesen.

Alle Interessierten sind eingeladen zur Buchpremiere mit beiden Schulklassen am Dienstag, **12. Juni, 18 Uhr, Wall-Saal der Zentralbibliothek**. Schirmherrin Alexia Sieling wird das Programm eröffnen. Der Eintritt ist frei.

Und noch eine Einladung: Neben dem Schulhausroman-Projekt unterstützt das Literaturhaus Bremen gern Lehrerinnen und Lehrer, die in ihrer Klasse das literarische Schreiben schon praktizieren, oder diejenigen, die Lust haben, es ohne die Unterstützung von professionellen Autorinnen oder Autoren auszuprobieren. Mehr Information dazu: iwatson46@outlook.com. Dazu bieten wir als Schreibanreiz für den Deutschunterricht die bisherigen Ausgaben der Schulhausromane als Klassensätze zu günstigen Konditionen an. Bei Interesse: heike.mueller@literaturhaus-bremen.de.

Treffen lesbischer*queerer Lehrerinnen, Sozialpädagoginnen, Erzieherinnen

Himmelfahrt 2018

■ Vom 10. bis 13. Mai (Himmelfahrtswochenende) findet das Treffen in der Akademie Waldschlösschen in Reinhausen bei Göttingen statt. Willkommen sind alle lesbischen, queeren Lehrerinnen, Sozialpädagoginnen, Erzieherinnen aller Hautfarben und jeden Alters, die im schulischen Kontext arbeiten bzw. sich noch in der Ausbildung oder bereits im Ruhestand befinden. Im geschützten Rahmen können wir uns in Workshops und persönlichen Gesprächen über eigene schulische Erfahrungen, über Ängste oder über das persönliche Coming-out austauschen, die eigene Lebens- sowie Arbeitssituation reflektieren und Kraft für den stressigen Schulalltag sammeln. Ihr seid eingeladen, euch in entspannter Atmosphäre zu (schul-)politischen Themen fortzubilden sowie literarische, musikalische, künstlerische und sportliche Angebote wahrzunehmen. Das Treffen wird von der GEW gefördert.

Anmeldung und Informationen:
www.waldschloesschen.org/de/veranstaltungsdetails.html?va_nr=8075
www.facebook.com/LesbischeLehrerinnen/

Arbeitskreis Internationales: Reise nach Groningen

Niederländisches Vakcollege oder deutsche Gesamtschule?

Karl-Heinz Pitz

■ 13 Bremer Kolleginnen und Kollegen verbrachten am 8. und 9. Februar 2018 auf Einladung der niederländischen Bildungsgewerkschaft AOb (Algemene Onderwijsbond) eine zweitägige Fortbildungsreise in Assen und Westerbork. Die Reise wurde organisiert vom Arbeitskreis Internationales der GEW Bremen, der sich vorgenommen hat, die internationale gewerkschaftliche Solidarität zu pflegen und durch viele Blicke über den bremischen und nationalen Tellerrand auch Ideen und Initiativen für die eigene Praxis zu gewinnen.
Die niederländischen Kolleginnen vom AOb hatten trotz intensiver Belastung durch die Vorbereitung eines eigenen nationalen Lehrerstreiks ein sehr informatives Tagesprogramm für uns vorbereitet. Nach einer herzlichen Begrüßung, erläuterten uns Marjan Dijkema, die die das ganze Programm für uns organisiert hatte, und Jeroen van Andel zunächst das niederländische Schulsystem und die Arbeit des AOb.

Auf eine sechsjährige Grundschule baut eine vierjährige Sekundarschule auf, an die sich eine zwei- bis vierjährige Oberstufe anschließt. Im Gegensatz zu der gerade in gewerkschaftlichen Kreisen in Deutschland geführten Gesamtschuldiskussion ist das niederländische Schulsystem nach der Primarstufe stark gegliedert in eher handwerklich orientierte und eher studienbezogene Teile. Das sog. Vakcollege möchte durch das Prinzip »Learning by doing« eher praktisch veranlagten Schülerinnen und Schülern die verdienten Erfolgserlebnisse verschaffen.

Bei einem Rundgang durch die Werkstätten des sehr gut ausgestatteten Nassau Colleges erfuhren wir, dass sich die Schüler nach einem Test am Ende der 6. Klasse hier bereits für einen der berufsorientierenden Zweige, wie Pflege und Gesundheit, Bau und Design, Elektro- Holz- und Metallberufe oder Einzelhandel und Verwaltung entscheiden und dann bis zur Hälfte ihrer Wochenstundenzahl in gut ausgestatteten Werkstätten praktischen Unterricht haben.

Fortbildung in den Niederlanden

Im Laufe des Vormittags erhielten wir nicht nur einen Einblick in die Arbeit des Drenthe Colleges in Assen, an dem 2000 Schülerinnen und Schüler von einer Belegschaft von insgesamt 700 Angestellten (Lehr-, Verwaltungs, Reinigungs, Sicherheits- und Küchenpersonal) versorgt wird. Wir erfuhren, dass die Lehrenden in kleinen Teams arbeiten, die sich gegenseitig in ihrer Arbeit unterstützen.

Auch gehen die niederländischen Gewerkschaftskolleginnen und –kollegen in den Schulunterricht und in die Universitätsseminare von angehenden Lehrkräften und stellen dort in Workshops die Arbeit und die Bedeutung der Gewerkschaften in einer sich immer weiter individualisierenden und flexibilisierenden Gesellschaft vor. Sogar auf Elternabenden wird die Arbeit der Gewerkschaft vorgestellt. Davon könnte die GEW sich inspirieren lassen. Dazu ist es aber auch nötig, dass – wie in den Niederlanden üblich – die GEW in Deutschland über mehr professionelle Kräfte verfügt und dass Gewerkschaftsarbeit nicht ausschließlich zum unentgeltlichen Ehrenamt verkommt.
Wir beschlossen den Tag mit einem Rundgang durch die Altstadt Groningens und einem Besuch in einer gemütlichen Kneipe. Hier merkten wir, dass die Zusammensetzung und Größe der Gruppe wirklich gelungen war: Wann haben sonst 13 junge zum Teil noch studierende und ältere Kolleginnen und Kollegen schon die Möglichkeit sich bei einem Glas Bier auszutauschen.

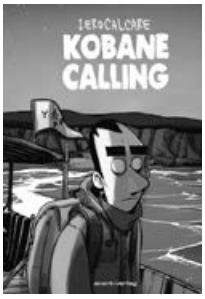
Am nächsten Morgen fuhren wir zum Erinnerungszentrum des ehemaligen Judendurchgangslagers Westerbork, von dem aus ab 1942 über 100.000 Menschen in die Vernichtungslager Auschwitz, Sobibor, Theresienstadt und Bergen-Belsen transportiert wurden. Wir erhielten eine ausgezeichnete deutschsprachige Führung über das Gelände. Nach diesen erschütternden Eindrücken stellten sich viele von uns die alte Frage, wie man den Anfängen wehren kann.

Am Schluss waren sich alle einig, dass eine solche Exkursion sehr lohnend und anregend für die eigene Arbeit ist. Schulleitungen werden ausdrücklich aufgerufen, für die Teilnahme an solchen Fortbildungsreisen freizustellen.
P.S. Der running Spruch während der Reise: »Der Sozi ist nicht grundsätzlich dumm, er hat nur sehr viel Pech beim Nachdenken.«

Die Mitteilungen eines Insiders der digitalen Welt:
Schlecky Silberstein:
Das Internet muss weg –
Eine Abrechnung
Knaus-Verlag München 2018

Das Buch wendet sich sowohl an Internet-Experten als auch an ›Technik-Agnostiker‹: Eine Doppel-Rezension wäre spannend! Obwohl viele Begriffe erklärt werden, hat die Rezensentin manche Wörter im Internet aufgesucht.
Der Autor mit dem Klarnamen Christian Brandes, geb.1981, kennt sich in der Werbebranche aus und betreibt seit Jahren einen witzig-aufklärenden Blog, Untertitel »Die Jogginghose für den Kopf«.
Seine kritische Position zum Internet, genauer zum ›Social-Media-Internet‹, ist aus der kritischen Selbstbeobachtung entstanden: Er attestiert sich eine ›mittelschwere Abhängigkeit‹. Er zitiert auch kritische Fachleute und verweist auf Studien z. B. über Besonderheiten der jetzigen Jugend.
Außerdem gibt er in eigener Anwendung bewährte Ratschläge zur angemessenen Internetnutzung.
Der Autor zeigt ausführlich auf, wie das Geschäftsmodell der sozialen Medien funktioniert. Die Rolle der großen Zahl der Likes und der Follower für Firmen, die ihre Werbung neben die inhaltlichen Artikel stellen (AdSense-Banner) wird klar. Was auf der einen Seite den Geld-Betrag erhöht, verstärkt auf der Seite der Nutzer die Sucht-Risiken. Die Rolle des Like-Buttons wird überdeutlich. Dabei hatte der Erfinder, Justin Rosenstein, ihn ursprünglich nur als eine Art ›digitales Schulterklopfen‹ verstanden. Inzwischen teilt J. Rosenstein der Öffentlichkeit mit, dass er sich technisch und mit einem persönlichen Assistenten dagegen absichert, dass er sich neben seiner Berufsarbeit im Netz verliert. Der Autor versteht quasi die großen Probleme unserer Zeit als Folge der verbreiteten Internetnutzung. Hoffnung setzt er in die Zeitgenossen, wenn sie derartige Zusammenhänge und Risiken des Internets durchschauen, wenn sie Medienverantwortung und Nutzerdisziplin entwickeln. Das Buch ist aus diesem Rest Optimismus heraus entstanden.
Die vorhandenen Erkenntnisse über Risiken und Erkrankungen durch die Hochfrequenzstrahlung und entsprechenden Studien haben leider keinen Eingang in dieses lesenswerte Buch gefunden.
Im BLOG dasinternetmussweg.de kann man die wichtigsten Infos des Buches kurz gefasst lesen. Heide Roaten

Kobane Calling
von Zerocalcare,
Comic, Avant-Verlag Berlin 2017, € 24,95



Hochaktuell in Kriegszeiten von Afrin, Syrien, Kobane und den völkerrechtswidrigen Angriffen der Türkei auf sogenannte »Terroristen. Das Buch ist 2014 erschienen. Während ich dies schreibe, am 8. März, dem internationalen Frauentag, kämpft in Syrien die kurdische YPJ-Miliz von Frauen und Männern gemeinsam, um Afrin zu verteidigen.
Das Buch handelt von einer kleinen Solidaritäts-Gruppe aus Italien, die Hilfsmittel über die Türkei nach Rojava/ Kobane schaffen wollen. Der Zeichner dokumentiert höchst genau, aber auch sehr witzig, diese schwierige Reise. Immer wieder vergleicht er Szenen aus unserem bürgerlich-angenehmen Leben in Westeuropa, kleine eigene Alltags-Probleme, mit den Kriegsproblemen der Region, dadurch wirken erstgenannte lächerlich klein und unbedeutend, obwohl sie für uns manchmal existenzbedrohend scheinen. Z.B. wenn wir kein Netz haben für das Smartphone oder andere furchtbare Situationen. Der Versuch der Kurdinnen dort auch der Rolle der Frau modern und gleichberechtigt eine Stimme zu geben, die Abschaffung der Todesstrafe u.a. wird im Comic ausgezeichnet gezeichnet. Immer dabei Armadillo, das Gürteltier, welches das Gewissen vom Autor zu sein scheint. Es geht der römischen Delegation um humanitäre Hilfe und das Vorhaben eine Medienkampagne aufzubauen. Der Comic ist äußerst liebevoll, angereichert mit gut beobachteten Kleinigkeiten und beleuchtet auch die tragischen und traurigen Momente dieses Krieges gegen den IS, in dem die türkische Regierung und ihre Verantwortung für das Leid und Chaos der Region sehr anschaulich kritisiert werden. Dass heute der türkische Staat völkerrechtswidrig unter dem Vorwand der »Terrorbekämpfung« nach Syrien eindringt, macht diesen Band um so lesenswerter und trägt viel zum Verständnis der Situation in Nordsyrien bei und ist zugleich ein Apell an die Herzen und ein Aufruf um Unterstützung: Kobane

Mit Tempo in die Privatisierung
Autobahnen, Schulen,
Rente – und was noch?
Eicker-Wolf, Kai / Schreiner, Patrick
Papyrossa, Neue Kleine Bibliothek 245,
194 Seiten, ISBN 978-3-89438-655-9

Der Bund setzt zu Lasten der Länder eine zentrale Bundesfernstraßengesellschaft durch, zudem sollen kommunale Schulgebäude künftig vom Bund direkt gefördert werden können. Beides öffnet den Weg zu noch mehr Privatisierungen und zu noch mehr Öffentlich-Privaten Partnerschaften. Darüber freuen kann sich die Finanzwirtschaft – für Versicherungen, Banken und Investmentfonds gibt es neue Anlagemöglichkeiten. Und freuen wird sich die Politik – elegant kann sie nun selbstverordnete Verschuldungsregeln umgehen. Die Bürgerinnen und Bürger aber haben aufgrund intransparenter und undemokratischer Entscheidungsprozesse das Nachsehen. Und die Steuerzahlenden müssen für Extrarenditen der Investoren aufkommen. Dieses Buch zeigt: Die aktuellen politischen Entwicklungen ordnen sich ein in eine lange Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Fehlentscheidungen. Dazu gehören insbesondere die anhaltende Förderung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften, die »Schuldenbremse« und die Teilprivatisierung der Altersvorsorge in Deutschland.

Buchtipps zusammengestellt von der Redaktion

Amoklauf mit Ballermann

Neue »Herausforderung« für Pädagogen (und die Demokratie?)

Wilfried Meyer

■ Zum Glück können wir hier auf unser Vorbild, der Welt größte und wahrhafte Demokratie, die USA, blicken. Getreu dem neuen Motto ›America first‹ wird aus wahrhaftig jetzt wehrhaft. Lehrkräfte an die Waffe. Ein Pädagogentraum wird wahr. Die Front haben wir schon, jetzt kommen endlich die Waffen. Schnelle Ausmerzung der Unterrichtsstörung durch im Schusswaffengebrauch schon im Studium und Referendariat in Bruce-Willis-Seminaren gestählte Lehrkörper. Ein neuer Markt an Seiteneinsteigern eröffnet sich hier? Diese werden zu Seiteneinschießern: Soldaten, Biathleten, Jäger, Förster, Schützenvereine unterbreiten in ehrenamtlicher Amokabwehr Angebote für den Ganztag. Unterricht und Lehrerfortbildung am G3, der Kalaschnikow, der Uzzi, das lockert auf und bringt Spaß (Schieß doch, schieß doch, bumm, du bist tot, nein, du hast mich gar nicht getroffen… das kennen wir Älteren aus unserer Jugend!). Heckler und Koch am Bodensee und Sig-Sauer in Eckernförde teilen sich wie Aldi Nord und Süd den bundesdeutschen Schulwaffenmarkt. Heimatminister Seehofer wie General Trump halten nichts von »verweichlichten« Schulen und wollen »Abhärtung«. Metoo#, kann ich da nur sagen. Ungeahnte Möglichkeiten auch der Bestrafung von Schülern scheinen machbar. Keine Hausaufgaben? Gewehr laden. Zweimal keine? Entsichern. Dreimal? Anlegen. Faustlos war, Panzerfaust ist. Trump spricht von einem 10-40prozentigen Anteil von Lehrern, die er für schusswaffenwürdig und -fähig hält. Was ist mit den Restluschen?

Aufrüsten

Das LIS arbeitet schon an Qualität- und Quantitätssteigerungsplänen und will diese Quote auf über 50 % anheben. Schulleiter besuchen Fortbildungen für Flugabwehrkanonen (Flak), unser Hausmeister trainiert am Flammenwerfer. Hilfshausmeister werden zu Hilfssheriffs umgeschult. Der Innenhof des LIS, vielen noch als Cafeteriat und Weicheiplatz der Besinnung bekannt, heißt jetzt Amokeria und die Geräte spucken statt Kaffee Feuerbohnen aus. Natürlich gibt es für diese Abhärtungsstrategie auch spürbare Boni (Bonihof), die jeweils nach Gemetzelgröße, Körpereinsatz und Geschwindigkeit des Gehirntods von Schütze und Erschossenen berechnet werden. Haben sie die Shootback-Karte? Und Punkte sammeln lohnt sich: Fuß 5, Bein 10, Rücken 30, zwischen die Augen 100 Punkte. Da kommt schnell viel zusammen. So kommt ein guter Lehrer neben seinem Grundgehalt zusätzlich durch die Abschußprämie zu einem Einkommen, das ihn später neben seiner Taubheit und hohen Streuung beim Schuß auch noch als beliebte Hofaufsicht am Schrotgewehr sieht. Aufstocker wird Nach- und Hinterlader.

Im Gleichschritt

Fazit: Um die Schüler und die Pädagogik noch nicht ganz zum Abschuss ins Holywoodgenre frei zu geben, hier im Ernst: Für die Christliche Schule Miami hat die Firma Bullet Blocker schusssichere Platten »Bullet Proof Panels« entwickelt, die ca. 120 Dollar kosten, in einen normalen Schülerrucksack passen, leider etwas zu schwer sind. Dennoch bieten sie im Feuergefecht zwischen Lehrkraft(!) und Amokschütze hinreichend Schutz, so dass auf jeden Fall kein Unterricht ausfallen wird. Die Schüler sind hoffentlich gut aufgerüstet für's Leben (http://www.bulletblocker.com/).

Gut, Ordnung und Sauberkeit im Raum sind dann nicht mehr so leicht herzustellen wg. Blutflecken, aber früher haben meine Schüler auch durchgefegt. Tasche des Lehrers tragen ist heute Waffe tragen. Natürlich nur im Fach Waffenkunde, wenn es wieder heisst:

Rührt euch! Legt an! Feuer frei! Ausnahmen wie »böser Schüler klaut Lehrergewehr« werden durch den rasanten Aufbau eines neuen Bremer Qualitätsinstituts für Schülerpsychose und postraumatische Blutbadstörung schon präventiv bearbeitet und gegen Null tendieren.

Junglehrer bei der Arbeit

OK, America first, aber in Waffen und mit unserer geschichtlichen Erfahrung…? Ich bin wie immer optimistisch. Widerbeleben wir den Ballermann, euer padagogical Gunner!

FUNDSTÜCKE

Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher. *Bertolt Brecht*

Schlagfertigkeit ist etwas, worauf man erst 24 Stunden später kommt. *Mark Twain*

Der geschickte Journalist hat eine Waffe: das Totschweigen – und von dieser Waffe macht er oft genug Gebrauch. *Kurt Tucholsky*

Wer hohe Türme bauen will, muss lange beim Fundament verweilen. *Aristoteles*

belladonna
Kultur, Bildung und Wirtschaft für Frauen e.V.

03.05. 19:00 Uhr
Vernissage: Ich sehe was…,

Bildergeschichten von Betie Pankoke
Die Künstlerin arbeitet in Serien, die – mehr oder weniger zusammenhängend – Geschichten erzählen. Die Schwarz-Weiß-Zeichnung bildet immer den Auftakt zu ihren Arbeiten, auch wenn Bild und Text gleichberechtigt sind.

06.05. 15:00 Uhr
Stadtrundgang: Weltoffenes Bremen?!

mit Cenéia M. Alves
Entdecken Sie das historische und politische Herz Bremens! Ein besonderes Augenmerk liegt auf Aspekten, die speziell Migrant_innen betreffen.

bremer shakespeare company

28.04. 19:30 Uhr
Call me, Bob Dylan … please!

Genie und Kreativität – eine musikalische Reise.
Theater am Leibnizplatz.
Auch am 04.05. 19:30 Uhr

28.04. 19:30 Uhr
Blaumeier-Atelier: Ein Fuß im Saxophon Nr. 1
in der Schaulust am Güterbahnhof.
Auch am 29.04. 19:30 Uhr

29.04. 11:00 Uhr
Buffet & Matinee: Hassliebe Stadt

Geschichten aus den Städten der Welt.
Theatergaststätte Falstaff

06.05. 19:30 Uhr
Rolf Becker liest Karl Marx: Das Kommunistische Manifest

Eintritt frei. Um Anmeldung wird gebeten.
Theater am Leibnizplatz

JUNGES.THEATER Bremen

08.05. 19:00 Uhr
Endlich
Ein Projekt von Forstman/Freitag,
Regie /Choreografie: Nathalie Forstman und Birgit Freitag
Brauhaus
Ausgehend von der Frage, wie Vergänglichkeit zu verschiedenen Zeitpunkten wahrgenommen und reflektiert wird, arbeiten die Regisseurin Nathalie Forstman und die Choreografin Birgit Freitag gemeinsam mit Kindern von 8 - 11 Jahren und über 70jährigen an einem performativen Bewegungspanorama: einem körperlichen und atmosphärischen Austausch zwischen den Generationen über das Thema, das wirklich jeden von uns betrifft.
Auch am 09.05. 10:30 Uhr, am 11., 12. und 13.05. 19:00 Uhr.

16.05. 10:30 Uhr
Eltern ein Forschungsunterfangen
9+ von Hannah Biedermann und Ensemble.
Eine Moks-Produktion
Brauhaus
Auch am 17.05., 23., 24. und 25.05. 10:30 Uhr,
am 26.05. 16:00 Uhr.

18.05. 19:00 Uhr
Premiere: Bilder deiner Großen Liebe 14+
von Wolfgang Herrndorf, bearbeitet von Robert Koall,
Regie: Christiane Renziehausen
»Die Arbeiten von Christiane Renziehausen sind nicht immer bequem: Nach Wohlstandsverwahrlosung und Dekadenz in Rich Kids und Leben in Isolation in Verlorene Jugend widmet sie sich nun dem Romanfragment Bilder deiner großen Liebe von Wolfgang Herrndorf – ein Stoff, der Normalität infrage stellt und viele Wahrheiten zulässt.« (Jan Grosfeld, Junger Akteur und Musiker der Produktion Verlorene Jugend)

schnürschuh theater

Schulvorstellungen im Mai

06.05. 18:00 Uhr
Tschick
nach dem Erfolgsroman von Wolfgang Herrndorf,
Regie: Christoph Jacobi
Auch 07., 08., 09., 17. und 18.05. 10:00 Uhr.

14.05. 10:00 Uhr
Der Junge mit dem Koffer
von Mike Kenny, erzählt in poetischer Sprache eine exemplarische Fluchtgeschichte, wie sie heute weltweit trauriger Alltag ist.
Auch am 15.05., 16.05 und 30.05. 10:00Uhr.

25.05. 10:00 Uhr
PapaYoloEpicFail
Urkomische Familiengeschichte im digitalen Zeitalter,
Regie: Mathias Hilbig

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt

Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai

Bremen: Sammeln ab 10:15 Uhr am Parkplatz des Weserstadions. Kundgebung 12.15 Uhr Domshof.
Bremen-Nord: Sammeln 10:30 Uhr am alten Arbeitsamt. Kundgebung 11:00 Uhr Sedanplatz.
Bremerhaven: Sammeln 10:00 Uhr Hinrich-Schmalfeldt-Straße vor dem Gewerkschaftshaus.
Kundgebung 11:00 Uhr, Platz vor der Großen Kirche.

Erster Mai 1986 Foto: Wilfried Meyer

Stadtverband Bremen

Mai	
01.05.	**1. Mai Frühstück**
	09:00 Uhr, Cafe Überblick/Weserterassen
07.05.	**AK Erwerbslose**
	15:00 Uhr, GEW Geschäftsstelle
07.05.	**GEW Studis**
	18:30 Uhr, GEW Geschäftsstelle
08.05.	**AK Senior*innen**
	10:15 Uhr, GEW Geschäftsstelle
14.05.	**AK Frauen**
	17:00 Uhr, DGB Haus, SZ 2
14.05.	**GEW Studis**
	18:30 Uhr, GEW Geschäftsstelle
15.05.	**Stadtbremische Mitgliederversammlung,**
	17:30 Uhr, Schule am Leibnizplatz
24.05.	**FG Inklusion & Sonderpädagogik**
	17:00 Uhr, GEW Geschäftsstelle
28.05.	**AK Vertrauensleute**
	17:00 Uhr GEW Geschäftsstelle
28.05.	**AK Gute Bildung für Geflüchtete**
	17:00 Uhr DGB Haus, SZ 2

Seminare

Berufsorientierung, Jugendberufsagenturen und weitere Probleme beim Übergang
Immer mehr junge Menschen wollen einen vernünftigen Berufseinstieg schaffen. Ihnen wird aber weniger (Bildungs-) Zeit dafür eingeräumt. Die Schulen sollen Kinder und Jugendliche gut auf das Leben und den Beruf vorbereiten. Das misslingt oft. Die Jugendberufsagenturen sollen gut beraten und den richtigen Weg beim Übergang aufzeigen. Auch das misslingt oft. Wo liegen die Gründe dafür? Welche Stellschrauben müssen justiert werden? Wie können und müssen Berufsbildende Schulen helfen?
Leitung: Karsten Krüger
Fr. 04.05.2018, 15 Uhr bis Sa. 05.05.2018, 15 Uhr
Bad Zwischenahn, Bildungsstätte
Bad Zwischenahn
20 € incl. Unterk./Verpfl. (Nicht-Mitglieder 80 €)

Wie bleibe ich bei Stimme?
In diesem Seminar können wir unsere Stimme einmal anders als gewohnt erfahren und erproben. Wir nehmen uns bewusst Zeit, um Stimmunterstützung von verschiedenen Seiten zu üben und dann in praktischen Situationen anzuwenden. Mit Entspannungs-, Atem- und Körperübungen bereiten wir die Stimme vor. Wir erleben den vollen Klang der Stimme, wie weit sie bei geringer Lautstärke reichen kann und wie sich Ihre körperliche Präsenz auf die Stimme auswirkt. Über die Atmung lernen wir, mit stressigen Situationen leichter umzugehen. Wir erhalten persönliche Tipps und Tricks, um unsere Stimme selber positiv beeinflussen zu können.
Beim Seminar wird großer Wert auf die Umsetzung im Alltag gelegt, wobei jede*r ihre*seine Schwerpunkte erfährt. So haben wir anschließend die Möglichkeit, das Gelernte selber zu vervollständigen und anzuwenden.
Bitte Isomatte / Wolldecke, dicke Socken (Stoppersocken) und bequeme Kleidung mitbringen.
Leitung: Ekkehard Lampe-Steinhage
Samstag 05.05.2018, 10-17 Uhr
Bremen, Etage Tanz und Bewegung (Nähe Hbf)
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung
(Nicht-Mitglieder 40 €)

Schule als Raumbühne – Körperlichkeit im Medienzeitalter
In diesem Seminar lernen wir, Unterrichtsimpulse zu vermitteln, um den Schulalltag bewegter und lebendiger zu gestalten. Getreu dem Motto: »Traue keinem Gedanken, der im Sitzen entstanden ist« (Nietzsche) bietet das Modul die Möglichkeit, Bewegungserfahrungen zu machen und theatrale Ausdrucksformen kennen zu lernen. Diese werden auf konkrete Unterrichtsinhalte übertragen:
Gedichte werden in Bewegung umgesetzt, Grammatik rhythmisiert, Konzentrations- und Flexibilitätsübungen erprobt und Theaterräume geschaffen und gestaltet.
Vermittelt werden:
- Grundelemente des Körperausdrucks und der Sinne
- Atem- und Stimmtraining
- Übungen zur Konzentration und Flexibilität
- Regeln der szenischen Improvisation
- Szenische Umsetzung von Gedichten und Märchen

Leitung: Claudia Scholl
Samstag 26.05.2018, 10-17 Uhr
Bremen, Etage Tanz und Bewegung (Nähe Hbf)
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung
(Nicht-Mitglieder 40 €)